

GLOBAL VIEW



3 | 2014

Preis:
3,- Euro

Unabhängiges Magazin

der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN)
und des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA)



FERTLIB

Friede - Freiheit - Selbstbestimmung

<http://www.globalview.at>



photo sven pusswald | graphic design tina zoechling

INFORMATIONSWÜSTE?

GLOBAL VIEW ERÖFFNET PERSPEKTIVEN. 4 X JÄHRLICH. GRATIS-TESTABO: globalview@afa.at
Das Magazin für **INTERNATIONALE POLITIK, DIPLOMATIE** und **KULTUR**



Wir danken dem Künstler Bernd ERTL - www.ausgezeichnet.com - für die Bereitstellung des Fotos seiner Karikatur „Bullets over Dove“ für unser Titelblatt.

Die Originalkarikatur kann im Karikaturmuseum Krems im Rahmen der Ausstellung „Zeichnen für den Frieden. Die Friedenstaube in der Karikatur“, noch bis Mitte Jänner 2015 besichtigt werden. In 2015 können Sie dann des Weiteren die Ausstellung „Das Fenster zur Welt. Fernsehen in der Karikatur aus den letzten 60 Jahren“, im Karikaturmuseum Krems besichtigen. Das Karikaturmuseum Krems nimmt als einziges Museum für Karikatur, Cartoons, Comic und Bildsatire in Österreich eine Sonderposition ein. Ein Besuch lohnt sich auf jeden Fall!

Oben Sehen Sie ein Foto einer Gruppe unserer Jugendorganisation AFA, die im Rahmen einer Exkursion nach Krems das Karikaturmuseum besucht hat.

Liebe Leserin!

Lieber Leser!



2014 scheint ein Jahr der Herausforderungen zu sein. Neben den Katastrophen in der Luftfahrt und der anhaltenden Krise in der Ukraine, denen wir in den letzten Ausgaben dieses Jahres bereits Berichte gewidmet haben, stehen die Entwicklung in Syrien und im Irak sowie die damit verbundene humanitäre Katastrophe, die tausenden Toten, Verletzten und Vertrieben, aber auch die Entwicklung in der arabischen Welt sowie der Ebola-Ausbruch in Westafrika im Vordergrund dieser Ausgabe.

Die humanitären Katastrophen erfordern die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft als auch privater Hilfsorganisationen, aber auch Spenden von Bürgerinnen und Bürgern, ohne die Hilfeleistungen oftmals nicht möglich wären.

Schaut man nur auf die Hauptkrisenherde dieser Welt, vergisst man leicht, dass wir aber auch durchaus anderen Gefahren ausgesetzt sind: Wir feiern zwar 25 Jahre „Mauerfall“, dennoch vergessen wir gerne, dass das geteilte Deutschland der ständigen Gefahr eines Atomkriegs ausgesetzt war und man nur dem Schicksal danken kann, dass keine Handlung im Kalten Krieg missinterpretiert worden ist und Europa noch existiert.

Diese Gefahr ist aber noch nicht ganz gebannt: Nach wie vor haben viele Staaten Atomwaffen

und diese Staaten drohen einander teilweise, zwar nicht unmittelbar immer mit Atomwaffen, aber mit verschiedenen anderen Mitteln, seien sie wirtschaftlicher oder militärischer Natur. Ziel sollte es sein, auf Waffen mit derartig starker Auswirkung im Sinner aller Menschen dieser Erde zu verzichten!

Manche Politiker widmen sich jedoch lieber Randthemen - teilweise vermutlich nur um Aufmerksamkeit zu generieren - als die wahren Probleme in der Welt anzupacken. Man kann nur hoffen, dass der Meinung so mancher Experten endlich Gehör geschenkt wird.

Die Themen dieser Ausgabe kann man mit den drei wichtigen Worten *Friede – Freiheit – Selbstbestimmung* zusammenfassen: Jeder Mensch soll die Möglichkeit haben, Frieden zu genießen, in Freiheit zu leben und sich selbst aussuchen zu dürfen, wo und wie er lebt, ohne dass ihm Bestimmungen im Namen der Religion oder andere Befehle von einzelnen Gruppierungen oder Staatschefs unter Vorspiegelung falscher Tatsachen oder Verdrehung einer objektiven Betrachtung auferlegt bzw. erteilt werden.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen viel Vergnügen beim Lesen!

Ihr
Bernd Hermann

Anmerkungen: Nutzen Sie auch das breite Angebot an Veranstaltungen der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) bzw. des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA). Nähere Informationen siehe unter <http://www.oegavn.org> bzw. <http://afa.at>. Feedback bzw. Artikelvorschläge nehmen wir jederzeit gerne via globalview@afa.at entgegen.

Impressum Herausgeber: Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) und Akademisches Forum für Außenpolitik (AFA) ■ **Eigentümer und Verleger:** Akademisches Forum für Außenpolitik – Österreich, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Redaktionsadresse:** A – 1010 Wien, Johannesgasse 2/2/32 | <http://www.globalview.at> | globalview@afa.at ■ **Redaktion:** Bernd Hermann ■ **Layout:** Bernd Hermann ■ **Lektorat:** Mag. René Kallinger ■ **Titelbild:** Bernd Ertl, Bullets over Dove, 2013, Landessammlungen Niederösterreich, © Bernd Ertl, 2014 ■ **Nicht gekennzeichnete Bilder:** Redaktion oder Autor ■ **Druck:** Aumayer Druck & Verlag Ges.m.b.H., A – 5222 Munderfing, Gewerbegebiet Nord 3, +43 /7744/ 20080, <http://www.aumayer.co.at>

Offenlegung der Blattlinie gem. § 25 Abs. 4 Mediengesetz: **Herausgeber:** Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) und Akademisches Forum für Außenpolitik (AFA) ■ **Eigentümer und Verleger:** Akademisches Forum für Außenpolitik, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Sitz:** Wien, Zustelladresse: Kaiserliche Hofburg-Nordtrakt, Rennweg 1/20, A-6020 Innsbruck ■ **Unternehmer:** unabhängiger, eingetragener Verein (ZVR: 330335717); Vorstand vertreten durch Michael F. Pfeifer (Präsident) ■ Das GLOBAL VIEW ist das unabhängige und überparteiliche Magazin der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) und des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA) und versteht sich als Informations- und Diskussionsplattform zu außen- und weltpolitischen Themen. Der Inhalt stellt die Meinung der jeweiligen Autorinnen und Autoren dar. ■ Auch wenn im Text aus Gründen der besseren Lesbarkeit weibliche Formen nicht immer explizit ausgeschrieben werden, beziehen sich alle personenbezogenen Formulierungen auf weibliche, wie männliche Personen.



Inhalt

Foto: ÖGAWN



„Hurriya heißt Freiheit“: Dr. Necla KELEK im Interview - Seite 16

Foto: IRRC / Basal al-Hafez



Syrien: bereits über 200.000 Menschen sind gestorben, davon über 10..000 Kinder - Seite 18

Foto: Linda Maurer



Diese Kinder in Costa Rica haben sichtlich Spaß am Recyclen - Seite 26

Foto: MSF / Martin Zingg



Ebola - eine der größten Herausforderungen in 2014 - Seite 28

- | | | |
|----|--|---------------------------------|
| 05 | Event Highlights | Bernd Hermann |
| 06 | Nuclear Deterrence or Disarmament | Heinz Gärtner |
| 08 | Statelessness or The Nakedness of Being Human | Lisa Weinberger |
| 10 | 25 Jahre Mauerfall: Eine historische Wende. Sind die Chancen genützt? | Erhard Busek |
| 12 | „Die NATO ging selbst davon aus, dass Westdeutschland in 5 bis 7 Tagen überrollt werden könnte.“ - Interview mit Oberst a.D. Siegfried Lautsch | Nico Büttner |
| 14 | Die Nation und „1989“ | Dieter Segert |
| 16 | Hurriya heißt Freiheit - Die Revolte der arabischen Frauen - Interview mit Dr. Necla Kelek | Stefanie Eckelhart |
| 18 | Globale Herausforderungen verlangen schnellere und gezieltere Hilfe | Gerald Schöpfer |
| 20 | Mit Wasserdiplomatie zum Frieden? | Isabelle-Constance v. Opalinski |
| 22 | „Das Modell der Schweiz ist an sich ein Erfolgsmodell.“ - Interview mit Botschafter Mag. Jürgen Meindl | Christina Wenninger |
| 24 | „Die Kirche braucht keine institutionelle Macht, die Katholiken als Politiker wissen ohnehin, wie sie sich verhalten sollen“ - Interview mit Mag. Nikolaus Alm | Nico Büttner |
| 26 | Recycling im grünsten Land der Erde | Linda Maurer |
| 28 | Ebola: Zwischen Verzweiflung und Hoffnung | Karin Taus |
| 30 | Die Diskussion als Grundbaustein der Politik | Andreas Jilly |
| 31 | “Dead Aid” by Dambisa Moyo | Elena Pramesberger |

Event Highlights



Foto: AFA

Im September 2014 fand eine Botschafter-Konferenz des Österreichischen Außenministeriums (BMEIA) statt, zu der alle österreichischen Botschafter aus ihren Entsendungsländern nach Wien kamen, um sich untereinander auszutauschen und die österreichische außenpolitische Strategie zu besprechen. Außenminister Sebastian KURZ legte auch besonderen Wert darauf, dass die österreichische Außenpolitik den Bürgerinnen und Bürger zugänglich und verständlich ist. Daher gab es dieses Jahr auch öffentliche Veranstaltungen im Rahmen der Konferenz, zu der Medienvertreterinnen und -vertreter sowie Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft als auch interessierte Studierende, die künftig einer Tätigkeit im BMEIA nachgehen möchten, eingeladen wurden. Das AFA dankt Außenminister KURZ und dem gesamten Team des BMEIA, dass eine Gruppe von interessierten Studierenden des AFA an der Konferenz teilnehmen durfte.



Foto: ÖGAVN

Der renommierte Zukunftsforscher Matthias HORX hielt im Herbst einen Vortrag für die Gäste der ÖGAVN im Rahmen des von BK a.D. Dr. Wolfgang SCHÜSSEL initiierten „Internationalen Club“ über das Thema „Die Welt im Jahr 2050“. HORX schnitt dabei unter anderem auch Themen wie die sich ändernde Bevölkerungsstruktur, die Energieversorgung und die Bedrohungen durch Kriege und Konflikte an.

Der „Internationale Club“ findet fast jeden Mittwoch in den Clubräumlichkeiten der ÖGAVN in der Hofburg/Stallburg in Wien statt. Expertinnen und Experten referieren über verschiedene Themen für Bürgerinnen und Bürger, denen dadurch Informationen aus erster Hand geboten werden. Darüber hinaus veranstaltet die Jugendorganisation AFA verschiedene, fast täglich stattfindende extra-universitäre Ausbildungsprojekte für junge Menschen in den Clubräumlichkeiten der ÖGAVN.



Foto: AFA

Dkff. Elisabeth GÜRTLER, Managerin des Hotel Sachers, Direktorin der Spanischen Hofreitschule und ehemalige Organisatorin des Wiener Opernballs, war im Oktober Gast beim Global Advancement Programme (GAP) des AFA und hielt einen spannenden Vortrag über ihr Sanierungskonzept der Spanischen Hofreitschule. Zudem stellte sich Frau Dkff. GÜRTLER auch allen Fragen der Studierenden des GAP.

Das Global Advancement Programme (GAP) ist ein einjähriger Diplomlehrgang des AFA, der Studierenden aus verschiedenen Studienrichtungen helfen soll, die Lücke (engl.: GAP) zwischen Theorie und Praxis zu schließen. Die Studierenden lernen nicht nur ein Jahr bei Expertenvorträgen, sondern halten auch selbst Referate und verfassen jeweils Abschlussarbeiten, die von Univ.-Doz. Dr. Paul LUIF wissenschaftlich betreut werden.

Nuclear Deterrence or Disarmament!

In an April 2009 speech in Prague US President Barack Obama spoke of a world free of nuclear weapons. Obama stated that the United States would maintain nuclear deterrence during the disarmament process. This article discusses the limitations and deficiencies of the traditional mutual nuclear deterrence and assesses why progress in nuclear disarmament since the end of the Cold War has fallen short of expectations.

As long as deterrence goes unaddressed, global zero will be impossible to achieve. Nuclear deterrence covers not only nuclear weapons as such but consists of several categories of nuclear and conventional weapons that are related. Arms control and disarmament efforts should cover all or most of them. This can be done best by a combination of legally binding treaties, political commitments and enlightened self-interest.

Nuclear Deterrence

Deterrence is the capability to retaliate if attacked or threatened with attack by a nuclear weapon power. Mutual deterrence was not simply the threat with mutual destruction, it was destruction organized in a certain sophisticated way. Nuclear weapons became smaller and were equipped with a single warhead to cause limited damage. The idea was that after a first nuclear strike the enemy would blink and withdraw. Yet it goes without saying that there was no guarantee how the other side would react. Deterrence also requires specific targeting. Push and pull factors determine nuclear planning. Targeting in this type of nuclear planning is a driving force for modernization of nuclear weapons.

No one knows whether deterrence actually works. Realists like Kenneth Waltz strongly believe it does work because there was no nuclear war between the United States and the Soviet Union. But in reality we do not know if this is true since you can't prove the negative – why something did not happen.

The avoidance of nuclear war between the two Cold War superpowers probably resulted from a combination of political and military factors, such as arms control negotiations, confidence-building measures and cooperation in the Conference on Security and Co-operation in Europe (CSCE) and in other regimes and institutions.

Deterrence is a combination of two strategies: avoiding war and winning a war in the case the first option fails. In order to be credible as a 'peacekeeping strategy' it also has to be a 'war-fighting strategy'. This contradiction is in many ways not reconcilable. Therefore, the lessons of mutual nuclear deterrence, in both theory and practice, demonstrate that deterrence has several problems:

- Nuclear deterrence is only credible if the adversaries permanently demonstrate that they are serious about using nuclear weapons. This in turn threatens them with self-destruction.
- Deterrence does not prevent conventional wars. Nuclear powers were involved in conventional wars. In Korea the Chinese, in Vietnam the Vietcong, and the insurgents in Afghanistan and Iraq did not care about the American nuclear bomb. In the Falkland war Argentina was not afraid of the British one. Arab states attacked Israel in 1973 that had already nuclear weapons.

Two nuclear powers, India and Pakistan, went to war in 1999 and Pakistan probably was behind

the terrorist attacks on the Parliament of the nuclear armed India in 2001. Moreover, possession of nuclear weapons could encourage conventional provocation or backing for terrorist groups.

- The concept of deterrence only works with rational actors. It requires adversaries to rely on each other to respect deterrence and adhere to its principles. Furthermore, they have to communicate with each other and understand each other's signals.
- Deterrence promotes hostility and mistrust when adversaries permanently threaten each other.
- Reliance on mutual deterrence causes nuclear proliferation and arms races. This was evident during the Cold War, but it is also true for regional conflicts, such as India-Pakistan. Deterrence is North Korea's rationale for possessing nuclear weapons, and it could lead to an arms race in the Middle East. Indeed, mutual deterrence and disarmament are opposing concepts.



Dr. Heinz GÄRTNER:

„As long as deterrence goes unaddressed, global zero will be impossible to achieve.“

- Deterrence can create instability and dangerous situations through miscalculations, miscommunication and technical accidents.

- The threat of nuclear retaliation is useless against terrorists.

- Deterrence is a weak tool against cyber attacks, because it is extremely difficult to identify the attacker.

- The announced intention to annihilate large parts of humanity is both unlawful and immoral.

- Mutual deterrence is expensive because it requires continuous modernization and the development and production of new weapons to close real and assumed loopholes in the system.

- If deterrence failed, it would be a global disaster.

This grand agenda of arms control and disarmament might be too complex to negotiate. No legally binding treaty can cover all the issues. Treaties can limit and cut what all sides see as unnecessary forces for their deterrence. Until deterrence as such will be questioned the other issues will have to be treated with political commitments and enlightened self-restraint.

Beyond Nuclear Deterrence

What can be done to reverse the negative trends caused by nuclear deterrence?

- A true 'no first use' doctrine would remove conventional, chemical and biological weapons from the target list. Nuclear weapons should be seen as strictly for retaliation against a nuclear attack. They are not necessary for any offensive or preventive purpose, nor are they useful for defense, except as a deterrent to an intentional nuclear attack. The notion that nuclear arms are essentially no different than conventional weapons should be abandoned. Nuclear weapons should be retained only for a second strike.

- An unconditional commitment by nuclear weapon states to 'negative security assurances'



A threat to mankind

would remove all non-nuclear weapon states from the target list. Nuclear weapon states should commit themselves to 'negative security assurances'. This is the guarantee not to use nuclear weapons against non-nuclear weapon states.

- The creation of 'Nuclear Weapon Free Zones' must be combined with 'negative security assurances.'

- General target categories like WMD, non-state actors, war supporting infrastructure, and military-political leadership are too sweeping and should be redefined and minimized.

- Counter-force planning associated with preemption, launch on warning and all kinds of military targets should be abandoned.

- The use of small nuclear weapons to control and limit damage is not feasible and produces unrealistic expectations.

Conclusion

Nuclear deterrence is the main cause of arms races. As long as deterrence goes unaddressed, global zero will be impossible to achieve. Arms control and nonproliferation can create a more stable situation, but they are not sufficient for disarmament. Deterrence of states of concern is more credible and effective using conventional weapons.

The suggestions outlined above would not abolish nuclear deterrence right away, but they are steps toward a minimal deterrence. They would mitigate the worst consequences of the concept of deterrence and create the preconditions for nuclear disarmament. Comprehensive deterrence is based not only on one category of nuclear weapons but on a mix of nuclear and conventional arms. Arms control and disarmament efforts should cover all or most of them. This can be done best by a combination of legally binding treaties, political commitments and enlightened self-interest.



Dr. Heinz GÄRTNER is Academic Director at the Austrian Institute for International Affairs (oiip) in Vienna and Professor at the University of Vienna. Among others, he edited the book "Obama and the Bomb: The Vision of a World free of Nuclear Weapons" (Peter Lang, 2011). His latest book: "Die USA und die neue Welt" (Lit. 2014).

Statelessness or The Nakedness of Being Human

After fleeing their home with as little as they can carry, many Syrians are confronted with much more than a precarious situation behind borders – one that will affect their life every day: Statelessness – a condition of individuals who are not considered as nationals by any state.

Even though Article 15 of the 1948 U.N. Universal Declaration of Human Rights states “Everyone has the right to nationality”, around 10 million people worldwide are stateless. According to UNHCR, a stateless baby is born every 10 minutes. The reasons vary. One can become stateless overnight when state boundaries are redrawn, others become victims of discrimination and racism against ethnic and religious minorities.

Statelessness has been a problem in the past. The dissolution of the Soviet Union in 1991 left large numbers stateless, so does the ongoing conflict between Israel and Palestine.

However, the civil war in Syria has exacerbated the problem. An estimated 120,000 refugees of Syrian origin are currently stateless. Amit Sen, regional protection officer for UNHCR, explains why: “Syrian children acquire nationality exclusively through their fathers. Women are not allowed to pass on their nationality to their children.”

The consequence of such a law in people’s lives is long ranged. Authorities in Lebanon and Jor-

dan, both countries dealing with a great amount of Syrian refugees, require a valid marriage certificate of the parents before registering their child. Many women, however, have left Syria without their husband and find themselves unable to prove their children’s nationality. In addition, the precarious circumstances have led to many illegal marriages as parents marry off their daughters at a younger age out of despair.

Another reason for becoming stateless concerns adults who lost their identity documents or carry an expired passport. Syrian passports for men who have not completed compulsory military service last only for two years. Apart from having to pay fees, renewing a passport involves traveling to Istanbul, Amman or Beirut, which many cannot afford.

Even if a Syrian family manages to flee together, they won’t be able to register their marriages outside the country without nationality documents or valid passports and thus register possible children either. This is where the downward spiral starts. The result: 75% of refugee babies born in Lebanon are not properly registered.

Consequences of Statelessness

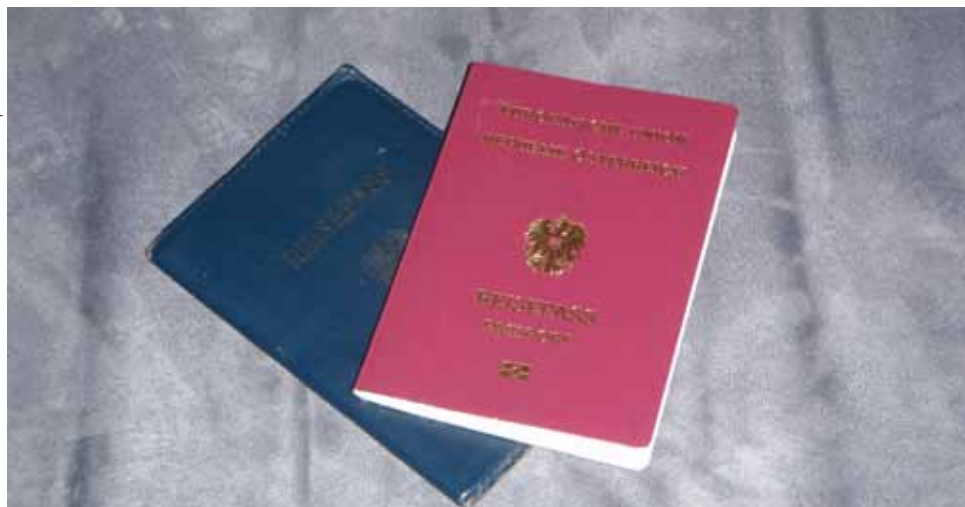
The psychological impact stateless people have to face is unfathomable. Nationality is the gateway to many rights. Without it people are deprived of numerous basic human rights such as the right to vote, the right to education – stateless children cannot go to school as they don’t have a valid form of identification that is recognized by the government – or the right to work as they are unable to obtain employment. Especially children face a high risk of exploitation such as trafficking for commercial sex work, illegal adoption, or child labour.

Hannah Arendt, an important German-American political thinker of the last century, was directly affected by the cruelty of statelessness as she was stateless herself for almost twenty years before she became a naturalized citizen of the United States in 1950. Thus, she was aware of the impact of social and political exclusion from society.

In her work “The Origins of Totalitarianism” Arendt analyzes statelessness saying that the real misery is not that the stateless are not equal before the law but that no law exist for them. “Not that they are oppressed but that nobody wants even to oppress them. They are deprived, not of the right to freedom, but of the right to action; not of the right to think whatever they please, but of the right to opinion.”

This is what Arendt calls the nakedness of being human, being nothing but human. They are deprived of the right to have rights. They are publicly invisible.

For Arendt, living a human life is to live a political life which means if a human being has no voice in public, it is as if one is non-existent. Arendt defines the political world as a space of appear-



Most of us take a passport for granted, some don’t even have one.



Stateless People often face more borders than others.

ance. That is the space where I appear to others as others appear to me. Lacking that space of appearance equals lacking existence.

“To men, the reality of the world is guaranteed by the presence of others, by its appearing to all – it is as if one does not exist – whatever lacks this appearance, comes and passes away like a dream, intimately and exclusively our won but without reality”

The state’s responsibility

Undeniably it belongs to the states duty to take responsibility. The question is under what circumstances a citizenship can be claimed or, in other words, to whom states are obliged to provide citizenship.

This year, in September, 300 experts dealt with those questions at the first global forum on statelessness in The Hague. Its aim was to end statelessness within the next 10 years by resolving existing crises and ensuring that no child is born stateless in the future.

The UNHCR, as a co-host next to Tilburg University, encouraged countries accomodating refugees to simplify registration procedures for Syrian and other refugees. They suggested to these governments to ask for fewer documents to prove identity and marriage. The international community must learn that the well-being of thousands of people is in their interest in order

to ensure regional stability and international security. What happens in the Gulf or to the Rohingya in Myanmar should be exemplary for what feelings of exclusion and despair can lead to.

However crucially necessary the global forum was, statelessness is not only unjustifiable on rational ground. Apart from being an issue of international law, it is a moral question that states simply cannot or at least shouldn’t escape from.

The moral dimension of statelessness

Who is a member of a state? Relying solely on jus sanguinis (acquisition of citizenship through one or both parents) and jus soli (acquisition of citizenship of the state in which one was born) seems rather obsolete in the modern world.

Of course this doesn’t only affect countries in the Middle East. The storm of protests in Europe due to the Lampedusa refugee tragedy or the deportation of unlawfully resident immigrants and long-term asylum seekers whose only refer-

ence station was the country of residence shows the public’s instinctive moral beliefs.

The procedures of naturalization and a very restrictive European immigration and asylum policy seem neither sufficient nor morally justifiable. It cannot be goddess Fortuna that determines a person’s life-chances. Unless you are able to choose where you are born, the voices for a morally acceptable solution will not fall silent.

This is all the more true for war refugees who are forced to leave their country. Any general counter argument on limiting migration policy in that context seems rather cynical. States are to be sought and held responsible to tackle those issues.

What we need to do is to change our views from an exclusively juridicial to one that includes humanity and moral values. Statelessness is not an option and it has to be fought at any time.



Lisa WEINBERGER studies law at the University of Vienna. Her academic focus lies on philosophy of law, european/international politics as well as human rights. She has worked for national and international NGOs including Helping Hands in Vienna and the European Movement in Estonia. She is interested in traveling, foreign languages and cultures, music and art.

25 Jahre Mauerfall: Eine historische Wende. Sind die Chancen genützt?

Wenn man der Generation jener angehört, die im Zweiten Weltkrieg geboren sind, den Wiederaufbau Österreichs, den Rückzug der Besatzungsmächte und den Weg nach Europa beobachtet haben, ist man sich über die Bedeutung des Mauerfalls bewusst. Die Konsequenzen sind schließlich eindeutig, denn früher lagen wir am östlichen Rand der westlichen Welt, abgeschnitten von den Verbindungen und in der Konsequenz mit einem Ungleichgewicht in Österreich: Der Westen war eben wirtschaftlich und sozial stärker als der Osten.

Das alles haben uns die Ereignisse von 1989/90, aber auch die Prozesse vorher ermöglicht. Ob es eine richtige Wertschätzung dieser Situation gibt, möchte ich dahingestellt sein lassen, denn noch immer haben wir nicht bewältigt, was der Osten für Europa bedeutet. Es ist eine abfällige Bedeutung, die vor 1989 auch für den Osten Österreichs gegolten hat. Wir haben immer noch nicht die Geographie gelernt, denn man kann mit der Feststellung, dass Prag westlich von Wien liegt, immer noch überraschen.

Die Ereignisse in der Ukraine haben dazu geführt, dass die geographischen Unsicherheiten hier noch steigen. Es liegt aber nicht nur an der Geographie, sondern auch an der mangelnden Strategie, die auf allen Seiten vorliegt. Einzig Vladimir Putin hatte offensichtlich eine Strategie, indem er die Schwäche in der Ukraine, aber auch die des früheren Westens ausgenutzt hat. Hoffentlich löst das einen Lernprozess aus, den wir dringend brauchen.

Wie ist es dazu gekommen?

Persönlich hatte ich das Glück, die Prozesse beobachten zu können, die in unseren Nachbarländern schon seit längerer Zeit wirksam waren.

Der Aufstand von 1956 in Budapest hatte zunächst keine Wirkungen, der Prager Frühling von 1968 wohl mehr, weil sich hier Gruppen fanden, die versucht haben, Alternativen zum kommunistischen System zu artikulieren. Daraus hat im Vorfeld der Prager Frühling gelebt und nachher ist es zur Entwicklung der Charta 77 gekommen, die auf eine ungeheuer tapfere Weise Menschen vereinte, die das politische System vor allem im tschechischen Teil der Tschechoslowakei ändern



Foto: Bernd Herrmann

Im Kalten Krieg war es ein Zeichen der Teilung, heute ist das Brandenburger Tor in Berlin nicht nur ein Zeichen für die Einheit Deutschlands, sondern auch ein beliebter Touristenmagnet.

wollten. In der Slowakei selbst war es mehr die Öffentlichkeit gegen die Gewalt, wobei sich die Separation der beiden Landesteile da schon irgendwie abgezeichnet hat.

Gleiches gilt für die Entwicklung von Solidarnosc in Polen, wo die dortige kommunistische Arbeiterpartei auf einem Gebiet herausgefordert wurde, wo sie offensichtlich am verwundbarsten war: bei den Arbeitern. Die Bedeutung des Elektrikers Lech Wałęsa in der Lenin-Werft in Danzig lag darin, dass er das soziale Unrecht und die missliche wirtschaftliche Situation der „Arbeiterklasse“ in einem kommunistischen Staat aufgezeigt hat.

Ähnliche Bewegungen, mehr getragen von der ökologischen Herausforderung eines Donaukraftwerks gab es in Ungarn mit dem Magyar Demokrata Fórum, ebenso sind in den baltischen Staaten hier solche Auflockerungen entstanden. Eines muss klar gesagt werden: Mit dem Fall der

Mauer haben wir alle nicht gerechnet. Natürlich ist irgendwann einmal das kommunistische System dazu verurteilt gewesen, zusammenzuberechen. Dass es aber auf diese Weise und so rasch geschehen ist, war nicht voraussehbar.

Ich bewundere alle, die heute erklären, dass sie es damals schon gewusst haben – gesagt hat es uns aber niemand!

Wer hat das nun wirklich durchgesetzt?

Meistens werden in dem Zusammenhang Ronald Reagan, Michail Gorbatschow und Papst Johannes Paul II. genannt. Sie hatten durchaus ihre unterschiedlichen Rollen, etwa dass Gorbatschow in Polen nicht einmarschieren ließ, dass Reagan seine Strategie gegenüber dem Sowjetblock änderte und auf Entspannung arbeitete und schließlich waren es die Auftritte des polnischen Papstes in seinem eigenen Land, die den Menschen die Furcht nahmen, die sie in dem

Zusammenhang haben mussten, wenn sie sich zur Freiheit bekannten.

Deutlich muss aber gesagt werden, dass es in Wahrheit die vielen Gruppen waren, der Mut der Einzelnen, das Engagement der Arbeiter und Intellektuellen sowie unterschiedliche Kräfte, die man heute als zivile Gesellschaft bezeichnen würde.

So hat etwa in Polen die Katholische Kirche eine große Rolle gespielt. In der Tschechischen Republik Künstler und Intellektuelle vom Rang eines Václav Havel sowie alle möglichen Kräfte, die wohl nicht in unserem Sinn bestens organisiert, aber sehr mutig gewesen sind.

Eines muss festgehalten werden: Die Entwicklungen waren in den einzelnen Ländern unterschiedlich. Die reiche Geschichte ist noch nicht umfassend geschrieben, wobei es zwar Kontakte zwischen den einzelnen Bewegungen im „Ostblock“ gab, aber keine konzertierte Aktion.

Ebenso muss gesagt werden, dass die Rolle des „Westens“ ausgesprochen bescheiden war. Es war gar nicht einfach, über diese Bewegungen Berichterstattungen in westlichen Medien zu erreichen, denn das Interesse hat sich in Grenzen gehalten und an die Perspektive einer Veränderung hat man in Wirklichkeit nicht geglaubt.

Deutschland und seine Teilung

So darf auch deutlich gesagt werden, dass eigentlich das, was man damals den Westen genannt hat, nicht auf diese Situation vorbereitet war. Ein besonderes Kapitel ist hier natürlich Deutschland aufgrund seiner Teilung. Der Fall der Mauer in Berlin geschah zu einem Zeitpunkt, an dem sich an der Spitze einer staatlichen Regierungsdelegation Bundeskanzler Helmut Kohl in Warschau befand und eigentlich überrascht wurde.



Foto: Bernd Herrmann

Überreste der Mauer erinnern an die Geschichte Berlins

Wenn man die Ereignisse von damals verfolgt, hat man auch den Eindruck, dass eigentlich auch die DDR-Funktionäre überrascht wurden – auch von ihren eigenen Reaktionen, die schließlich diese Schande einer Mauer beendet haben. Der einzige demokratische Ministerpräsident der DDR, de Maizière, hat einmal in einer Diskussion gesagt: „Westdeutschland hatte zwar ein Ministerium für Wiedervereinigung, aber wie man das macht, haben sie nicht gewusst.“

Aus der Geschichte lernen!

Das soll kein Vorwurf sein, sondern eine nüchterne Feststellung. Wir haben erst mit der Zeit

lernen müssen, was das alles bedeutet, wobei ich behaupte, dass wir nach wie vor in diesem Lernprozess drinnen sind, wie man etwa an der zögerlichen Erweiterung und an den ungelösten Problemen im Osten des Kontinents sieht.

Es ist nur zu hoffen, dass nicht wieder Zäune aufgezogen werden, Mauern gebaut werden und der Kontinent geteilt wird. Wir sind hier an einem kritischen Punkt, wobei zu hoffen ist, dass wir aus der Geschichte lernen. Ingeborg Bachmann hat einmal sehr schön gesagt: „Die Geschichte ist ein Lehrmeister, sie findet aber keine Schüler!“

Foto: Parliamentsdirektion / C. Ott



Dr. Erhard BUSEK (ÖVP) war Vizekanzler, Bundesminister für Wissenschaft und Forschung sowie Bundesminister für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten und Abgeordneter zum Nationalrat. Dr. BUSEK ist studierter Jurist und bekam auch mehrere Ehrendoktorate verliehen.

„Die NATO ging selbst davon aus, dass Westdeutschland in 5 bis 7 Tagen überrollt werden könnte.“

Nico Büttner sprach mit Oberst a.D. Siegfried Lautsch, einem Offizier der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR über seine Motivation zum Militär zu gehen, die Einsatzplanungen der 5. Armee für den Kriegsfall sowie über die Gefahr eines 3. Weltkrieges in der Zeit der Teilung Deutschlands.

Herr Oberst, Sie haben in der Nationalen Volksarmee der DDR Karriere gemacht und in Moskau Militärwissenschaft sowie Russisch studiert. Was hat Sie motiviert, zum Militär zu gehen?

Als Jugendlicher war ich sportlich hyperaktiv. Ich trainierte im Box- und Gewichtheber-Verein und fuhr bereits mit sechzehn Jahren meine ersten Motorradrennen. Viele Bildungsstätten in der DDR legten Wert auf militärisportliche Wettkämpfe, so auch die Erweiterte-Johann-Wolfgang-von-Goethe-Oberschule (EOS) in Brandenburg, die ich besuchte. Unsere Schulmannschaft bereitete sich für den militärischen Mehrkampf vor. Gefordert waren vor allem Marschieren nach Marschrichtungszahlen, Entfernungsschätzen, Handgranatenzielweitwurf und Schießen. Als unsere Mannschaft die ersten Erfolge verzeichnete, sah ich, was in und mit einer entschlossenen Mannschaft alles erreicht werden kann.

Als mir dann später im Wehrkreiskommando bei der Rekrutierung von Offiziersbewerbern zugesichert wurde, dass ich während meines Studiums an der Offiziersschule der Landstreitkräfte meinen Motocross-Rennsport weiter ausüben könnte, entschied ich mich, Berufssoldat zu werden.

Mitte der 1980er Jahre amtierten Sie als „Leiter der Abteilung Operativ im Kommando des Militärbezirks V“ in Neubrandenburg. Sie wurden in dieser Position mit den Einsatzplanungen der 5. Armee für den Kriegsfall betraut. Was beinhalteten diese? Sprechen wir von einem Verteidigungskrieg oder war auch ein Erstangriff im Bereich des Möglichen?

Die sogenannten operativen Planungen waren mögliche Optionen für den Einsatz der Streitkräfte der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) im Krieg. Während des Ost-West-Konflikts waren die Planungen so konzipiert, dass sie alle Eventualitäten einer möglichen Kriegseröffnung einschlossen, also die Verteidigung, den

Gegenschlag und den Angriff. Wobei bis 1983 die Verteidigungsoperation noch unter der Voraussetzung eines schnellen Übergangs zu offensiven Kampfhandlungen geplant war, mit dem Ziel, den Gegner auf seinem Territorium vernichtend zu schlagen.

Es wurden 1983, 1985 und 1988 insgesamt drei Szenarien für den Kriegsfall erstellt, inwieweit unterschieden sich diese?

In meiner Funktion als Leiter der operativen Abteilung und damit als 1. Gehilfe des Befehlshabers einer der beiden NVA-Armeen im Krieg, gehörte ich zu dem Personenkreis, der für die Erarbeitung der Operationspläne zuständig war. Mit anderen Worten, ich habe an den Planungen nach Vorgaben des sowjetischen Generalstabes und des Oberbefehlshabers der 1. Front, die aus der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) und der NVA im Kriegszustand gebildet werden sollte, maßgeblich mitgewirkt. Die Planungen der 5. Armee beruhten jedoch auf der Idee ihres Befehlshabers, die der Chef des Stabes der Armee und ich gemeinsam in Operationspläne umgesetzt haben.

Die Planung von 1983 war eine Einsatzplanung nach dem Prinzip „Angriff ist die beste Verteidigung“. 1985 handelte es sich bereits um eine „reine“ Verteidigungsplanung unter Bildung eines tiefen Sicherungstreifens, teilweise bis zu 40 km von der Innerdeutschen Grenze entfernt. Das bedeutete, dass vor den Hauptkräften der Divisionen sogenannte Deckungstruppen eingesetzt worden wären, die den Gegner aufhalten und lokalisieren sollten, um ihn durch Gegenschläge und Gegenangriffe zu zerschlagen. Dabei sollte die Westgrenze der DDR jedoch nicht überschritten werden.

Mit Verkündung der Militärdoktrin der WVO vom Mai 1987 begannen die GSSD und die NVA ihre Angriffsfähigkeit drastisch zu reduzieren. Bei der Planung 1988 wurden dann die Hauptkräfte bis an die Westgrenze vorverlegt. Der Gegner soll-

te nunmehr in einer Grenzschlacht geschlagen und der „Status quo ante“ hergestellt werden. Das war ganz im Sinne der von den Mitgliedsländern der WVO akzeptierten Militärdoktrin und ein Zeichen der Bereitschaft, das Wettrüsten zu beenden, Frieden und Sicherheit zu stärken und eine weitestgehende Abrüstung auf den Weg zu bringen.

Im Kriegsfall war das Ziel Ihres Großverbandes die deutsch-niederländische Grenze innerhalb von fünf bis sieben Tagen zu erreichen. Hätten Sie dafür Personal und Gerät gehabt?

Im Gesamtstreifen der 5. Armee gegenüber dem Jütländischen Korps und dem I. Niederländischen Korps entsprach das Kräfteverhältnis bei Panzern und Artilleriesystemen 1,3:1 bei operativen und taktischen Raketensystemen 3,2:1 zu Gunsten der 5. Armee. Bei der Konzentrierung der Anstrengungen der 5. Armee im Angriff gegen das I. Niederländische Korps in der Küstenoperationsrichtung konnte das Kräftedispositiv aber noch erhöht werden. Wobei erfolgreiche Kampfhandlungen nur im engen Zusammenwirken mit dem rechten Nachbarn, der 1. Polnischen Armee, und dem linken Nachbarn, der 2. Garde-Panzerarmee, möglich gewesen wären.

Die NATO-Verbündeten hatten auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland drei Verteidigungslinien geplant, wobei sie ihren eigenen Korps das Halten dieser Abschnitte nur



Oberst Siegfried LAUTSCH bei seinem Vortrag in den Clubräumlichkeiten der ÖGAVN

für maximal 48 Stunden zutrauen. Mit anderen Worten, die NATO selbst ging davon aus, dass Westdeutschland in 5 bis 7 Tagen überrollt werden könnte.

Für wie realistisch haben Sie es damals eingeschätzt, eines der von Ihnen erstellten Szenarien je umsetzen zu müssen und damit an einem 3. Weltkrieg teilzunehmen? Wie nah stand die Welt nach Ihrem Wissen vor einem solchen?

Ich muss noch einmal wiederholen, die Szenarien wurden auf der Grundlage sowjetischer Vorgaben ausgearbeitet und waren das Ergebnis der Entschlüsse der jeweiligen Armeebefehlshaber der Vereinten Streitkräfte zum Einsatz ihrer Kräfte und Mittel. Ich persönlich bezweifelte, dass diese Pläne jemals umgesetzt werden würden, weil jede Art des Krieges zu jener Zeit, ganz gleich ob mit konventionellen oder nuklearen Waffen, zur völligen Zerstörung Europas geführt hätte.

Die wirkliche Gefahr bestand aber wohl eher darin, dass durch menschliche Fehleinschätzung, aber auch durch technisches Versagen, beispielsweise eines Systems der Satellitenüberwachung, der Luftabwehr oder eines Computerprogramms, ein Raketenangriff auf die UdSSR gemeldet wird, deshalb Alarm ausgelöst und zeitnah reagiert worden wäre. Solche Situationen gab es sehr wohl. Der diensthabende Offizier in der Kommandozentrale der sowjetischen Luftverteidigungsstreitkräfte, Oberstleutnant Stanislaw Petrow, hat im September 1983 auf einen vom System gemeldeten Raketenangriff nicht blind der Computertechnik vertraut und folgte eben nicht dem hierarchischen Algorithmus bis zum Nuklearkrieg. Dadurch hat er möglicherweise den 3. Weltkrieg verhindert.

Andererseits stand die Welt sehr nah am Rande des 3. Weltkrieges. Ein Beispiel dafür war die Kubakrise im Oktober 1962. Beide Seiten wussten jedoch, wenn die Vernunft des amerikanischen und des sowjetischen Präsidenten nicht Einhalt gebietet, dann käme es zum atomaren Schlagabtausch. Das wollte aber niemand, weil es keinen Sieger, sondern nur Verlierer gegeben hätte.

Bis zu dessen Auflösung waren Sie Unterabteilungsleiter Ausbildung im Ministerium für Nationale Verteidigung der DDR. Wie haben Sie den 9. November 1989 erlebt?

Ich habe den Abend mit meiner Familie in Strausberg bei Berlin vor dem Fernsehgerät erlebt. Als die DDR-Bürger die Innerdeutsche Grenze „überschritten“, war ich sehr emotional berührt. Die Situation hatte mich wohl deshalb überwältigt, weil mir allzu viele Gedanken durch den Kopf gingen. „Gott sei Dank, es ist alles friedlich verlaufen.“ Die damaligen Entscheidungsträger im Ostblock haben umsichtig gehandelt, Ruhe und Vernunft bewahrt. Zudem war ich endlich den seelischen Ballast los, weil die geheimen Pläne, von denen nur sehr wenige Eingeweihte wussten, in den Panzerschränken verblieben. Was hätte alles noch passieren können. Erst nach Stunden habe ich darüber nachgedacht, was diese veränderte politische Konstellation für meine Familie und für mich bedeuten könnte.

Sie wurden anschließend herabgesetzt als Major in die Bundeswehr übernommen. Wie war es für Sie, für den ehemaligen Klassenfeind zu arbeiten.

Ich möchte mich abgrenzen, weil ich kein vehement politisch agierender Offizier gewesen bin. Gemeint ist damit vor allem, dass ich den Soldatenberuf von Grund auf gelernt habe und meine fachliche Expertise sowohl im Ostblock als auch in der NATO gefragt war. Daher standen bei meinem beruflichen Werdegang eher praktisch-kommunikative und intellektuelle Potentiale im Vordergrund.

Ich wurde erst zum Major herabgestuft, nachdem ich mich entschieden hatte, in die Bundeswehr als Berufssoldat einzutreten. Natürlich hätte ich meinen Dienst auch beenden und andere

Wege beschreiten können, ohne manche Demütigung, denen ich in der Bundeswehr ausgesetzt war, verkraften zu müssen.

Ich wurde von der Bundeswehr damit konfrontiert, ob ich bereit wäre, ein Übungsplatzkonzept für Ostdeutschland zu entwickeln. Im Klartext hieß das, die Federführung für die Übernahme aller Übungsplätze in den Geschäftsbereich des Bundesvermögensamtes zu übernehmen, einschließlich der Übungsplätze, die den sowjetischen Truppen zur Nutzung übergeben worden waren. Nach Abschluss unserer Arbeit schlug mir ein Offizier vor, den Weg in die Bundeswehr zu gehen. Ich habe ihn beschritten und dies trotz aller Gegensätze, Demütigungen und Mühen nicht bereut.

Die Mauer existiert seit 25 Jahren nicht mehr, Deutschland und Europa sind seit fast einem Vierteljahrhundert nicht mehr geteilt. Ist die Einheit gelungen?

Es war vorhersehbar, dass es sich bei der Herstellung der deutschen Einheit um einen langfristigen Prozess handeln wird, weil Ost- und Westdeutsche 40 Jahre lang in unterschiedlichen Gesellschaftssystemen mit gegensätzlichen politischen und wirtschaftlichen Ansichten aufgewachsen sind. Die Mentalität der Bürger in beiden Teilen Deutschlands verändert sich langsam, das Leben hat an Normalität gewonnen. Dass Bundespräsident und Bundeskanzlerin aus der DDR stammen, ist positiv. Negativ ist, dass nicht wenige ältere Mitbürger mit bundesdeutschen Verhältnissen nach wie vor hadern, weil ihre in der DDR vollbrachten Arbeitsleistungen missachtet werden. Ihre Nachkommen haben sich dagegen in der Bundesrepublik problemlos eingelebt. Für sie ist die DDR nur noch Historie.

Vielen Dank für das Gespräch!



Siegfried LAUTSCH war Oberst der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR und Leiter der Abteilung Operativ im Kommando des Militärbezirks V in Neubrandenburg. Er hat 1983 und 1985 maßgeblich an den Szenarien für den Kriegsfall mitgewirkt. Siegfried Lautsch studierte Militärwissenschaft und Russisch in Moskau. Nach der Wiedervereinigung wurde er aufgrund seiner militärischen Expertise in die Bundeswehr übernommen.

Die Nation und „1989“

25 Jahre nach dem Herbst 1989 wird in Deutschland kaum an mehr als an den „Mauerfall“ erinnert. Die Ereignisse jenes Epochen-jahres in Deutschland und Europa werden so national umgedeutet. Warum die Nation eine solch große Rolle in der öffentlichen Wahrnehmung zu spielen begonnen hat, wird aus der subjektiven Perspektive eines SED-Reformers reflektiert.

Das Jahr „1989“ ist eines der Jahre, an dessen politische Ereignisse sich viele erinnern.

Wofür steht es?

Die europäische Staatenwelt hat sich damals grundlegend verändert: der eiserne Vorhang durchgerostet, der sowjetische Staatssozialismus zusammengebrochen, etwa 20 neue Staaten entstanden, einige andere verschwanden.

Emotional begann für die betroffene Bevölkerung Osteuropas in jenem Herbst eine Achterbahnfahrt: Freiheitsenthusiasmus und neue Grenzen, Konsumversprechen und Ängste vor sozialem Abstieg.

War „1989“ ein revolutionäres Jahr?

Darüber wird heftig gestritten. Gegenüber echten Revolutionen fehlt es 1989 an Gewaltbarkeit. Sie kam erst später, in den jugoslawischen Bürgerkriegen. Wovon das Jahr deutlicher geprägt war, das war ein aufsteigender Patriotismus, ein intensives Nationalgefühl. Das hat die



Prof. SEGERT setzte er sich in einer Basisbewegung innerhalb der SED für eine demokratische Erneuerung der DDR ein.

Westeuropäer und besonders die westdeutsche intellektuelle Linke deutlich überrascht. Vielleicht könnte man es auch drastischer sagen: Es hat sie kalt erwischt.

Für dieses intensive Nationalgefühl gibt es viele Belege. Der „Mauerfall“ am 9. November 1989 in der DDR ist ein deutliches Beispiel dafür. Aber man könnte weitere nennen, etwa die „singenden Revolutionen“ im Baltikum. Die aktuellen russischen und ukrainischen Nationalismen sind die jüngsten Beispiele.

Warum entstand ein solcher nationaler Überschwang aus Bewegungen, die alle irgendwie „zurück nach Europa“ wollten und damit die postnationale Ordnung Westeuropas (die EU) meinten?

Die nachfolgenden Überlegungen stellen eine autobiografisch gefärbte Sicht eines Politikwissenschaftlers auf jene Ereignisse dar. Ich schreibe das, damit man sich mit der Person des Autors tatsächlich bekannt machen kann und ihn nicht nur als Reflexionsfläche für eigene politische Werturteile nutzt, wie das kürzlich Andreas Unterberger mit meiner Person getan hat.

Ich war im Herbst 1989 in einem Reformzirkel innerhalb der Staatspartei der DDR, der SED, aktiv. Das Ziel jener Gruppe (die als „Sozialismusprojekt an der Humboldt-Universität“ bekannt wurde) war damals die demokratische Erneuerung der DDR. Wir meinten, es gäbe die historische Möglichkeit einer Synthese von Freiheit und Gerechtigkeit, eines „Dritten Weges“. Wir irrten uns bekanntlich grundlegend. Ich bemühte mich in der folgenden Zeit, daraus etwas zu lernen.

Dieses Lernen vollzog sich auf der Grundlage von Empathie und aufmerksamer Beobachtung.

Ich konnte nicht anders, als die großen Emotionen meiner Landsleute bei der Grenzöffnung am 9.11. wahrzunehmen, die anders waren als meine. Wer den Wanderern von Ost nach West in dieser Nacht ins Gesicht gesehen hat und sich ernsthaft bemühte, Demokratie zu lernen, der musste diese grenzenlose Fröhlichkeit politisch ernst nehmen.

Was hatten wir in unserem Glauben an die Realisierbarkeit der Utopie eines demokratischen und freiheitlichen Sozialismus in der DDR übersehen? Warum irrten wir uns?

Es gab in der DDR vor dem Oktober 1989 keine allgemeine Öffentlichkeit. Wir sahen die vielen Flüchtenden des Sommers 1989 natürlich als Warnzeichen, aber nicht als Hinweis auf die gewandelten Werte der Mehrheitsgesellschaft. Ich unterschätzte die Kraft des nationalen Gefühls. Eine solche Fehleinschätzung teilte ich mit den westdeutschen intellektuellen Linken.

Einer meiner späteren westdeutschen Kollegen an der Humboldt-Universität, Helmut Wiesenthal, selbst den Grünen politisch verbunden, sagte mir, die DDR sei ihm so fremd gewesen wie die Mongolei, die Toskana war ihm näher als Mecklenburg. Die „deutsche Einheit“, so mein Kollege damals, hätten sie schon lange abgeschrieben gehabt. Diese Erfahrung bringt mich zur „Nation“ zurück.

Gibt es wissenschaftliche Erklärungen jener Verbindung zwischen dem Ende des sowjetischen Sozialismus und dem Aufstieg des Nationalismus in Osteuropa und Ostdeutschland nach 1989?

Wichtig war das ideologische Vakuum in der Krise des Staatssozialismus. Nachdem das Ziel

einer „gerechten Ordnung für alle Arbeitenden“ (Kommunismus) seine Bindewirkung angesichts der Realität zunehmend verloren hatte, suchte man nach anderen Zielen und fand sie in Konsumgesellschaft bzw. der Nation – in den verschiedenen Ländern in unterschiedlichen Mixturen. In der DDR wurde der Versuch unternommen, Martin Luther und Friedrich II. in die eigene Geschichtserzählung zu integrieren.

Für die Wirksamkeit des Nationalismus im Transformationsjahrzehnt, den 1990er Jahren, ist es aber wichtig zu sehen, dass er nicht allein ein Instrument der „Oberen“ war, die Herrschaft zu stabilisieren, sondern auch von den „Unteren“, von der Bevölkerung als ein Deutungsmuster der Welt angenommen wurde.

Welche Definitionen vom Anderen in der Krise des Gemeinwesens dann überwogen und v.a. wie man ihn deutete, wurde häufig aus lange Zeit vergrabenen historischen Narrativen genommen. Es waren oft ungelöste, bisher tabuisierte Probleme der Vergangenheit – wie im Falle der Gewalt im 2. Weltkrieg in Jugoslawien zwischen Serben/Tschetniks und Kroaten/Ustascha.

Daneben aber wurden auch neue quasi-ethnische Narrative erfunden, wie in Deutschland, wo das Vorurteil des „Jammerossis“ oder des „arroganten Wessis“ massenhaft in der öffentlichen oder der privaten Kommunikation auftauchte. Die hieran sichtbar werdenden Probleme einer besseren Integration der Ostdeutschen in das größer gewordene Deutschland lassen sich allerdings weniger durch unmittelbare Bekämpfung jener Stereotype überwinden, als dadurch, dass man die Geschichte des jeweils anderen genauer wahrnimmt.

Defizite bestehen in Deutschland aus meiner Sicht v.a. darin, dass die DDR mit dem Dritten Reich anstatt mit anderen staatssozialistischen Gesellschaften verglichen wird. Dazu kommt eine einseitige Geschichtserzählung über das Ende der DDR: Erinnert werden eher der 9. November 1989 (der Fall der Mauer) und die

Einheit Deutschlands am 3.10.1990 als die Versuche der Ostdeutschen, Demokratie zu lernen, wie sie sich in den Demonstrationen in Leipzig, v.a. am 9. 10., und Berlin (hier am 4.11.) zeigten. Noch weniger wird an die Versuche von reformorientierten Gruppen innerhalb der SED erinnert, die ebenfalls einen Anteil am friedlichen Verlauf des Endes der Diktatur gehabt haben. Letzteres habe ich in meinem Buch „Das 41. Jahr“ (Böhlau 2008) versucht zu tun.

Die Dominanz divergierender nationaler Erzählungen erschwert eine nachhaltige demokratische Entwicklung, besonders dann, wenn die Nation verabsolutiert wird. Demokratie bedarf der Anerkennung der Freiheit und Verantwortung aller Bürgerinnen und Bürger in ihrer Verschiedenheit. Besonders wenn, wie im Falle Deutschlands nach 1990, große Gruppen der Bürger unterschiedliche Erfahrungen und Erzählungen mit sich herumtragen, bedarf es der offenen und gleichberechtigten Kommunikation untereinander.

Unter dem Gesichtspunkt des demokratischen Lernprozesses wäre es nach meiner Überzeugung auch besser gewesen, der demokratischen DDR eine längere eigene Entwicklung zu lassen und sie nicht schon im Herbst 1990 über den Beitritt nach Artikel 23 des Grundgesetzes in die Verfassungsordnung der Bundesrepublik nahezu spurlos zu integrieren.

Jenes Lernen voneinander gilt im Übrigen auch für die EU. Die Bürger der alten Mitgliedstaaten der EU können ebenso noch einiges lernen von der Erfahrung der Osteuropäer vor und nach



Dr. SEGERT verfasste unter anderem das Buch: „Das 41. Jahr - Eine andere Geschichte der DDR“, welches über den Böhlau Verlag erhältlich ist.

1989. Dazu kann ein Nachdenken über „1989“ nützlich sein, aber es sollte über die zu simple Lehre hinausgehen, dass der Westen Sieger im Kalten Krieg gewesen ist.



Dr. Dieter SEGERT ist Leiter des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Wien sowie Professor für Transformationsprozesse in Mittel-, Südost- und Osteuropa. Er studierte Philosophie an der Humboldt-Universität Berlin sowie an der Lomonossow-Universität Moskau. Im Herbst 1989 setzte er sich in einer Basisbewegung innerhalb der SED für eine demokratische Erneuerung der DDR ein. Dr. SEGERT verfasste unter anderem das Buch: „Das 41. Jahr - Eine andere Geschichte der DDR“.

Hurriya heißt Freiheit - Die Revolte der arabischen Frauen

Stefanie Eckelhart sprach mit der Publizistin und Sozialwissenschaftlerin Dr. Necla Kelek im Rahmen ihres Vortrags bei der ÖGAVN über ihr Buch „Hurriya heißt Freiheit“, über Frauenrechte im Islam generell und auch über den IS.

Für Ihr Buch „Hurriya heißt Freiheit“ sind Sie zwei Monate durch Nordafrika gereist, was waren die prägendsten Eindrücke für Sie?

Besonders prägend waren die Unterschiede zwischen den Ländern, die wir bereist haben, sowie die großen Kluften zwischen verschiedenen Landesteilen. Wir haben im Norden Ägyptens („Oberägypten“) Bauern gesehen, die ihre Felder mit den einfachsten Mitteln bestellen und die kaum Unterstützung vom Staat erhalten, weil kaum in die Landwirtschaft investiert wird. In Kairo sieht man zwar auch Touristenviertel und schöne Stadtteile, aber allgemein ist mir aufgefallen, dass Ägypten strukturell noch sehr schwach ist. Als wir in Tunesien waren, waren wir sehr von der Offenheit der Städte erstaunt, es gibt sehr viele öffentliche Plätze und Cafés, in Kairo gibt es die nicht.

In Ihren bisherigen Publikationen haben Sie fast ausschließlich über die aktuelle Situation bzw. die aktuellen Probleme in Deutschland/Österreich berichtet. Was hat Sie dazu gebracht nach Nordafrika zu reisen und über die dortige Situation zu berichten?

Ich beschäftige mich seit meinem ersten Studium mit dem Islam und der Gesellschaft und gehe der Frage nach, wie der Islam kulturell und traditionell in der Gesellschaft gelebt wird. Nicht nur in der Türkei, wo ich selber herkomme, sondern in Europa, in der 3. und in der 4. Generation.

Zu Beginn des Arabischen Frühlings begann mich besonders die Frage zu interessieren, ob sich der Islam modernisieren und weiterentwickeln und ob eine Revolution auch den Islam revolutionieren kann. Besonders entscheidend für mich ist die Frauenrolle. Ich denke, dass eine Reform nur mit dem Recht der Frau auf Gleichberechtigung stattfinden kann. Solange die Frauen keine Rechte bekommen, werde ich nicht von einem reformierten Islam sprechen. Ausschlaggebend

für mich war also die Frage: Werden die Frauen von der Revolution profitieren oder nicht?

Kritik am Islam zu üben ist immer noch sehr schwierig und der Kritisierende wird im Gegenzug dazu oft noch schwerer kritisiert bzw. angefeindet. Was war der ausschlaggebende Punkt für Sie, um sich so kritisch mit dem Islam auseinandersetzen?

Erstens, wie schon erwähnt, die Rolle der Frau im Islam, und zweitens der Islam als Religion; hier meine ich den sunnitischen Islam; das sind mittlerweile immerhin 80% von 1,8 Milliarden Muslimen. Diese Religion erhebt ganz klare Ansprüche, wie man als Moslem den Alltag zu gestalten hat und nach diesen fünf Säulen im Islam ist man eigentlich Gefangene/r dieser Religion.

Mein Wunsch ist es in einer säkularen Welt zu leben und nicht unter einem religiösen Diktat. Ich möchte, dass Religion eine private Angelegenheit ist und nicht wie Politik den Menschen aufgedrückt wird. Was das betrifft, bin ich sehr froh, dass ich in Europa lebe, das es geschafft hat, durch die Aufklärung die Rolle der Kirche wegzudrängen. Diese Art von Säkularisierung wünsche ich mir auch für den Islam.

„Frauen verstecken sich hinter dem Schleier ebenso wie hinter dem starken Make-up“. Wie würden Sie diese Aussage beurteilen?

Das sind zwei vollkommen unterschiedliche Dinge. Wenn Frauen sich schminken, dann tun sie das, um sich schöner zu fühlen und besser aufzufallen. Wenn Frauen sich verschleiern, dann haben sie eine ganz bestimmte Botschaft, und zwar: „Mein Gesicht dürfen nur der Mann, der mich geheiratet hat, und meine Familie sehen, sonst niemand“.

Das sind sehr unterschiedliche Botschaften und die kann man nicht miteinander vergleichen. Ich denke hier auch an Menschenrechte und es ist ein Menschenrecht, mein Gesicht oder meinen Körper zu zeigen, mich zu schminken und darüber selbst zu verfügen. Für mich ist das mittlerweile schon selbstverständlich geworden.

Wieso ist Ihrer Meinung nach der IS so erfolgreich und findet auch in Österreich und Deutschland so viele Anhänger?

Seit Jahrzehnten gibt es in Europa Verbände und islamische Familien, die im Namen des Islams sehr traditionell leben, und eine sehr autoritäre



Dr. Necla KELEK hält einen Vortrag für die Gäste der ÖGAVN auf Einladung von BK a.D. Dr. Wolfgang SCHÜSSEL.



Dr. Necla KELEK: „Hurriya heißt Freiheit“

Form haben, wie sie mit Kindern über den Islam sprechen und versuchen, ihnen „diesen“ Islam näher zu bringen. Wenn diesen Kinder aber in deutschen oder österreichischen Schulen gesagt wird, dass sie das Recht haben, ihre Meinung offen zu sagen, aber zu Hause genau das Gegenteil erfahren, dann schlägt das irgendwann um.

Die Sozialisation zu Hause ist für Kinder und Jugendliche besonders entscheidend, denn da werden sie geliebt, abgelehnt, aufgehoben oder unterstützt! Die Schule begleitet einen ja nur für einen kurzen Teil des Lebens, aber das eigentliche „Ich“, das bildet sich zu Hause. Wenn man mit diesen zwei Welten nicht klarkommt, wenn man z.B. in der Schule ganz deutlich seine Meinung sagen muss, da man sonst negativ beurteilt wird, obwohl das gleiche Verhalten zu Hause als respektlos gilt, dann versagt man oft in der Schule und wird unter Umständen radikal.

Ich berichte schon seit 20 Jahren darüber und finde, dass Koran-Schulen, Eltern und Familien verpflichtet sind, ihre Kinder friedlich zu erziehen. Wenn sie eine autoritäre Art wählen, dann

sollten sie sich auch die Frage stellen, ob sie da nicht auch eine große Rolle spielen. Und dann kommt für die Jugendlichen oft das große Versagen in der Gesellschaft – keine Identität bei der Arbeit, im Studium, bei der Freundin und eventuell auch keine Wahl der eigenen Frau usw.

Wie schätzen Sie die weitere Entwicklung im Kampf gegen den IS ein?

Ich denke, jetzt kommt erstmals der ganze Orient durcheinander. Viele Muslime sagen „Diese Grenzen waren ja sowieso von Europäern gesetzt und wir setzen diese jetzt neu und bestimmen das selbst“.

Es gibt eine sehr starke kurdische Bewegung und wir können nur hoffen, dass es ihnen endlich gelingt, dass sie einen eigenen Staat gründen. Das würde der islamistischen Bewegung eine Grenze setzen und ein großer Wunsch meinerseits wäre es, dass man dann gemeinsam mit den Peschmerga und den anderen Kurden vielleicht die ganze Bewegung stoppen könnte. Aber dass die Europäer jetzt dort hingehen und das Gebiet besetzen, würde ich nicht als gut empfinden.

Welche Gefahr geht von den Rückkehrern aus?

Die meisten, die zurückkommen, tun das, weil sie Schreckliches erlebt haben oder enttäuscht wurden. Zuerst werden sie frustriert sein, aber irgendwann werden sie zu sich kommen. Ich kann mir aber nicht vorstellen, dass ein Rückkehrer dann plötzlich die Friedenstaube in der Hand hält. Für mich wäre eine Möglichkeit, dass „Rückkehrer“ verpflichtet werden, lange Therapien zu machen und von der Polizei registriert und beobachtet werden. Das Ganze dem Zufall

zu überlassen, würde ich als sehr gefährlich empfinden.

Durch das neue Islamgesetz in Österreich soll unter anderem die Finanzierung und Prägung aus dem Ausland abgeschafft werden. Wie stark sehen Sie den Umstand als Problem, dass viele islamische Gemeinschaften aus dem Ausland Geld erhalten?

Das ist der Kernpunkt! Diese traditionellen und sogar rechtsradikalen Verbände sind nicht unabhängig, eben weil sie von Katar oder Saudi Arabien oder anderen Ländern finanziert werden. Aber sie werden nur deshalb finanziert, weil diese Länder ein Interesse daran haben, dass Europa sich islamisiert. Das Ganze ist eine politische Bewegung und die Verbände und Gemeinden müssen dem gerecht werden, sonst bekommen sie kein Geld mehr. Das ist also wirklich alles ein elender Kreislauf und es wäre großartig und ein ganz wichtiger Schritt Österreichs, wenn man dieses Verbot durchsetzen und dann vielleicht auch in Deutschland diese Debatte führen kann.

Ich setze nach wie vor auf einen europäischen Islam mit unabhängigen Menschen, die den Koran mit europäischem Blick lesen und die Religion als Mystik für sich empfinden und darüber philosophieren und das als freie Menschen tun. Das könnte der erste Schritt sein und wenn sich das positiv entwickelt und positiv wirkt, dann wäre das einfach grandios.

Vielen Dank für das Gespräch!



Dr. Necla KELEK hat Volkswirtschaftslehre und Soziologie studiert. Die gebürtige Türkin lebt heute in Deutschland. Bekannt wurde Dr. Kelek für ihre kritischen Aussagen über den Islam und vor allem durch Ihre Bestseller-Bücher „Die fremde Braut“, „Die verlorenen Söhne“, „Bittersüße Heimat“, „Himmelsreise“ und „Hurriya heißt Freiheit“.

Globale Herausforderungen verlangen schnellere und gezieltere Hilfe

Wirksame Hilfe setzt den Zugang zu Hilfsbedürftigen voraus. Das neutrale Mandat des Roten Kreuzes schafft Vertrauen, wird aber in manchen Kriegsgebieten von Konfliktparteien nicht respektiert.

In der internationalen Arbeit hat das Rote Kreuz in diesem Jahr so viele Krisenherde wie kaum jemals zuvor erlebt. Seit Einführung der Kategorisierung von humanitären Krisen hat es seitens der Koordinierungsstelle der Vereinten Nationen (UNOCHA) noch nie gleichzeitig vier so genannte Katastrophen- bzw. Konfliktsituationen „level 3“ gegeben. Laut UN-Klassifikation werden damit 'the most severe', 'large-scale humanitarian crises' bezeichnet.

Im Südsudan, in der Zentralafrikanischen Republik, in Syrien und im Irak: Die Anzahl der betroffenen Menschen, der Binnenvertriebenen und der Flüchtlinge über die Landesgrenzen hinaus hat eine gewaltige Dimension erreicht. Etwa 20 Millionen Menschen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Diese Zahl berücksichtigt dabei noch gar nicht die Krise in der Ukraine, den Dauerkonflikt in Palästina oder die Ebola-Epidemie.

Einzelne Länder, die auf Hilfe angewiesen sind, können diese Krisen schon lange nicht mehr selbst bewältigen. Die staatlichen Systeme sind zusammengebrochen. Sehr oft dominiert Kriegswirtschaft mit allen Folgeerscheinungen den Alltag der Menschen und die internationale Gemeinschaft ist mehr gefordert denn je.

In allen erwähnten Krisen und Konflikten sind Rotkreuz-Mitarbeiter aktiv. Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) und die Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (IFRC) unterstützen die nationalen Gesellschaften, sei es in Syrien, in der Ukraine oder in Westafrika, mit Know How, Logistik, Hilfsgütern, finanziell oder mit Personalentsendungen. Allein durch das immense Ausmaß der Konflikte stehen wir als humanitäre Helfer oft vor fast unlösbaren Aufgaben. Gerade im Nahen und Mittleren Osten scheinen auch mittelfristig keine politischen Lösungen in Sicht.

Konflikt in Syrien – die größte humanitäre Katastrophe des 21. Jahrhunderts

In Syrien tobt seit vier Jahren ein blutiger Konflikt. Über 200.000 Tote - davon über 10.000 Kinder - über eine halbe Million Verletzte, Millionen, die ihr Zuhause verlassen mussten, und Tausende Vermisste und Gefangene. Ein Leben als Spießrutenlauf zwischen Kugeln und Raketen – für Menschen in Syrien Realität. Es ist die größte humanitäre Katastrophe des 21. Jahrhunderts.

Wasser- und Abwassersystem, Müllabfuhr und Stromversorgung funktionieren in vielen umkämpften Gebieten seit Langem nicht mehr. Das Gesundheitssystem ist zusammengebrochen. Die Kinder gehen nicht mehr zur Schule. Es gibt keine Jobs, keinen Nachschub an Nahrungsmitteln und anderen Dingen des täglichen Bedarfs – was sich in Syrien und in den benachbarten Ländern wie dem Libanon, Jordanien oder Armenien abzeichnet, ist kaum mehr bezahlbar. Millionen syrischen Flüchtlingskindern droht das Schicksal zu einer „Lost Generation“ zu werden, mit verheerenden Folgen für die Zukunft des Landes und der ganzen Region.

Gemeinsam mit der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung konnten über einer halben Million syrischer Flüchtlinge mit Lebensmittel- und Hygienepaketen, Treibstoffgutscheinen, Decken und Matratzen sowie medizinischer Versorgung, Kleidung und finanzieller Unterstützung geholfen werden. Dennoch, der Winter trifft vor allem Familien, die in Zelten leben, wieder einmal besonders hart.

Schwierige Hilfe im Kriegsgebiet – Zugang verweigert

Nicht nur Menschen in Not, sondern auch Helfer stehen besonders in Konfliktgebieten vor enormen Herausforderungen, wie etwa der schlechten Sicherheitslage, fehlender Anerkennung der Neutralität und Unparteilichkeit der humanitären Hilfe. Der Zugang zur notleidenden Bevölkerung wird erschwert. Wo sich bewaffnete Gruppierungen gegenüberstehen, weist das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) immer wieder auf die Notwendigkeit neutraler und unabhängiger Hilfe hin. Gebetsmühlenartig fordert es von den Konfliktparteien die Einhaltung der Genfer Konventionen ein. Nur so kann das Rote Kreuz den Zugang zu jenen Menschen, die Hilfe brauchen, sicherstellen.



Das Rote Kreuz bzw. der Roter Halbmond helfen in Homs, Syrien (Juni 2014)

Das Rote Kreuz hilft überparteilich und schafft es daher, über alle Frontlinien hinweg, zu helfen. Doch die Zusicherung aller kämpfenden Parteien, dass die mit den Schutzzeichen gekennzeichneten Fahrzeuge unbehelligt passieren dürfen, ist in Syrien nur nach zähen Verhandlungen mit zahlreichen Gruppierungen und massiven bürokratischen Auflagen zu bekommen. Und immer wieder werden Helfer und Helferinnen und Fahrzeuge dennoch nicht durchgelassen oder sogar beschossen. Es gibt umkämpfte Gebiete, die die HelferInnen seit über einem Jahr nicht erreichen konnten.

Ist dieser Zugang nicht gegeben, wird die humanitäre Hilfeleistung unmöglich und die Gefahr für die Helfer/innen zu groß, wie die traurige Bilanz der getöteten, gefangenen oder verschleppten Helfer und Helferinnen in Syrien zeigt. 44 freiwillige Helfer/innen des Roten Halbmonds sind während ihres Einsatzes in Syrien ums Leben gekommen.

Dasselbe Bild zeigt sich in Konfliktgebieten wie Palästina, dem Irak, Somalia, dem Südsudan, dem Kongo oder der Zentralafrikanischen Republik. Ein düsteres Bild zerfallener und geschwächerter Staaten.

Die Frage ist, wie die Staatengemeinschaft mit diesen sogenannten „failed states“ beziehungsweise instabilen Regionen umgeht. Zweifelsohne sind politische Lösungen militärischen vorzuziehen. Aber auch diese bergen Gefahren, etwa die, dass Hilfe politisiert und instrumentalisiert wird.

Der Konflikt in Syrien ist hier wiederum ein trauriges Beispiel: Nicht selten müssen die humanitären Helfer/innen mit Dutzenden unterschiedlichen Ansprechpartner/innen verhandeln, um kurze Strecken durch Konfliktgebiete zurücklegen zu können.

Der „Nichtzugang“ für Helfer/innen wird als politisches Druckmittel verwendet. Deswegen sind die medizinische Versorgung und Nahrungsmit-



Foto: IRIC / Basel al-Hafiz

Über 10.000 Kinder sind dem Bürgerkrieg in Syrien bereits zum Opfer gefallen. Diesen konnte das Rote Kreuz/der Rote Halbmond helfen.

telhilfe in einzelnen Stadtvierteln von Damaskus, Homs oder Aleppo, wenn überhaupt, nur sporadisch möglich. Leidtragende sind einmal mehr die in den Konfliktgebieten lebenden Menschen.

Stille Diplomatie – die Macht des leisen Wortes

Um auch in Kriegs- und Konfliktgebieten für vulnerable Menschen da sein zu können, bleibt dem Roten Kreuz oft nur die Macht der stillen Diplomatie, verbunden mit kompromisloser Prinzipientreue. Nicht Schuldzuweisungen und aufrüttelnde Medienauftritte sind die Spezialität der Mitarbeiter/innen des Roten Kreuzes und des Roten Halbmondes, sondern Geduld und stille Diplomatie.

Oft müssen die Helfer/innen tage- oder wochenlang vor einem Gefängnis ausharren, um nach langen Verhandlungen schlussendlich ein Treffen mit den Inhaftierten zu erreichen. Sie

besuchen und registrieren die Gefangenen, um ihr Wohlergehen zu gewährleisten, den Kontakt zu den Familien wiederherzustellen und darauf zu achten, dass sie nicht „verschwinden“.

Angesichts der sich rasch ändernden Umwelt bedarf es neuer Wege im Denken und Handeln, um menschliches Leid zu verringern, um Leben zu schützen und den Respekt für die Menschenrechte zu sichern. Denn humanitäre Hilfe ist kein Akt des Mitleids, sondern basiert auf Menschenrechten.

Das Österreichische Rote Kreuz bittet um Spenden:

Erste Bank
IBAN: AT57 2011 1400 1440 0144,
BIC: GIBAAWXXX

Kennwort: Katastrophenhilfe
Online: <http://www.rotekreuz.at/spende>

Foto: ÖRK / Nadja Meister



Univ.-Prof. Dr. Gerald SCHÖPFER war Vorstand des Instituts für Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmensgeschichte an der Karl-Franzens-Universität Graz und ist Präsident des Österreichischen Roten Kreuzes. Ende November wurde Gerald Schöpfer für fünf weitere Jahre zum Vertreter Österreichs in die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) bestellt.

Mit Wasserdiplomatie zum Frieden?

Konfliktpotenzial gibt es im Nahen und Mittleren Osten genug – ganz besonders ist das Wasser ein Politikum. Von den Golanhöhen bis zum Gazastreifen, über Syrien bis hin zum Irak, dieses kostbare Gut ist lebenswichtig und deshalb auch hart umkämpft. Aber auch positive Beispiele wie die beständige Staaten-Kooperation im Nilbecken, zeigen: Wasser kann nicht nur Durst löschen, sondern auch Frieden spenden.

Wasser ist Leben. 70 Prozent der Erdoberfläche ist mit Wasser bedeckt und 65 Prozent des menschlichen Körpers besteht aus Wasser. Diese Flüssigkeit definiert nicht nur unsere Existenz, sondern bestimmt praktisch auch jede globale politische Herausforderung. Krieg, Klimawandel, Ernährung, Gesundheit und vieles mehr ist abhängig von Wasser.

Im Nahen und Mittleren Osten, wo seit Jahrtausenden der Streit um reines Wasser an der Tagesordnung ist, verschärfen sich nun, vor allem durch die Folgen von Klimawandel und Umweltverschmutzung, die regionalen Unruhen.

Zusätzlich verhält sich der wachsende Verbrauch nicht proportional zu den verfügbaren Wasserressourcen. Es gibt immer weniger Trinkwasser. Dennoch beansprucht jede Nation für sich selbst einen Anteil des raren Gutes, nachdem alle wichtigen Flüsse wie der Jordan, Nil, Tigris oder Euphrat durch zwei oder gar mehr Länder des Nahen und Mittleren Ostens fließen.

Wege aus der Krise

Wie kann man nun mit gezielter Hydro-Diplomatie zu einem friedlichen Konsens kommen? Ist die Schere zwischen dem enorm hohen städtischen Wasserverbrauch und dem überaus hohen Bedarf an Bewässerungslandschaft überhaupt zu schließen?

Politische Übereinkünfte, die Finanzierung von Projekten und eine bedachte Wasserkoordination scheinen hier ein Lösungsansatz zu sein. Meerwasserentsalzungsanlagen sowie die gezielte Nutzung von gereinigtem Abwasser für Bewässerungszwecke werden bereits in Jordanien praktiziert. Aber auch die Besinnung zurück auf das traditionelle Bewässerungssystem im Orient, das vor mehr als über 2000 Jahren



Foto: Bernd Hennann

Wasser - der Grundstein des Lebens: Der Nil in Ägypten

entstanden ist, bietet viel Spielraum für verantwortlicheren Umgang mit Wasser. Hier wird Wasser aus Quellen und Brunnen mit Hilfe des natürlichen Gefälles aus dem Gebirge durch Tunnel in die Dörfer und Ortschaften geleitet. Das Sultanat Oman hat sich zum Beispiel seit einigen Jahren auf diese alte Methode zurückbesonnen und kann so seine Bevölkerung ausreichend mit sauberem Trinkwasser versorgen.

Rücksicht auf andere Interessen

Als längster Fluss der Erde ist der Nil mit seinen knapp 6700 Kilometern ein wichtiger Wasserspender. Er durchfließt zehn Länder - beginnend an den zentralafrikanischen Staaten bis hin zu Ägypten. Doch ist er gerade für den Sudan, Äthiopien und Ägypten überlebenswichtig. Ganz besonders Ägypten ist vom Nil abhängig; das Land entnimmt 97 Prozent seines Wasser aus dem großen Strom.

Solange keines der Länder am Oberlauf des Nils Wasser abzapft, ist die Existenz Ägyptens sicher. Sobald jedoch ein Land rücksichtslos handelt,

kann es sehr schnell sogar zu einem Krieg um das Wasser kommen.

Ähnlich gestaltete es sich in den 1980er Jahren, als Äthiopien den Bau von mehreren Staudämmen ankündigte – dies hätte dann für Ägypten bedeutet, dass mehr als die Hälfte des normalen Nilwassers überhaupt nicht das Nilbecken verlassen hätte. Der damalige Präsident Anwar-el-Sadat reagierte auf die äthiopischen Baupläne mit konkreten Drohungen: „Wer mit dem Nilwasser spielt, erklärt uns den Krieg.“

Dank intensiven diplomatischen Verhandlungen und einem gemeinsamen Konzept zur Wassernutzung konnte eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen diesen beiden Staaten verhindert werden. So gründete sich 1999 auch die „Nile Basin Initiative“, die bis heute darum bemüht ist, die Nilanrainer an einen Tisch zu bringen, damit alle Parteien in einem friedlichen Dialog über Streitfragen der Wassernutzung diskutieren können. Bis heute tragen diese Anstrengungen dazu bei, dass sich die Konfliktlage im Nilbecken entschärft hat.

Jordan – ein Fluss als Lebensquelle

Dieser Fluss ist schon seit der Antike eine bedeutende Hauptader im Nahen Osten. Mit seinen rund 250 km versorgt er heute Israel, Syrien, Jordanien und die Palästinensergebiete mit wertvollem Wasser. Was passiert, wenn die Wasserquelle Jordan, die so viele Millionen Menschen täglich versorgt, versiegt, mag man sich gar nicht vorstellen.

Doch schon jetzt führt der Jordan die Hälfte des Jahres über kein Wasser mehr und das liegt primär nicht an einem veränderten Jahresmittel. Der Wasserrückgang ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen: Ineffiziente Bewässerungsmethoden mit hohen Wasserverlusten von bis zu 60 Prozent, der Ausbau von Staudämmen, Umweltverschmutzung und ganz besonders der massive Bevölkerungswachstum führen zu einem erhöhten Wasserverbrauch.

Für Millionen von Menschen stellt so ein Wassermangel eine definitive (Lebens-)Bedrohung dar. Diese wirkt sich vor allem auf die Volksgesundheit, Umwelt und Lebensmittelsicherheit aus, aber schürt gleichzeitig auch gewaltsame Ausschreitungen in der Region, im Kampf um Trinkwasser. So bestehen bis heute keine nachhaltig befriedigende Wasserkoordination und -kooperation zwischen Israel und den autonomen Palästinenserregionen.

Tigris und Euphrat – Türkische Wasserressourcen für den Irak

Im Zweistromland hat die Türkei den entscheidenden Einfluss auf die Wasserversorgung dieser Region. Am Oberlauf der zwei wichtigsten Flüsse des Orients gelegen, bestimmt die Türkei letztendlich wie viel Wasser Syrien und der Irak von Tigris und Euphrat bekommen. Ohne diese zwei Wasserquellen wäre die syrische und irakische Bevölkerung praktisch vom Wasser abgeschnitten.



Foto: Bernd Hennann

Traditionelle Schöpfung von Wasser

Doch im Gegensatz zu den Nilanreinern haben sich die Türkei, Syrien und der Irak noch nicht auf ein gemeinsames Konzept der Wassernutzung einigen können. Jeder Staat schürt mit seinen eigenen großen Staudammprojekten einen ständig schwelenden Konflikt um das kostbare Gut Wasser. Zwischenstaatliche und verbindliche Verträge wären eine Lösung für die Region, jedoch scheitert es permanent an deren Umsetzung.

Wasser als Menschenrecht

Die ungleiche Wasserverteilung in vielen Gebieten der Welt trägt jedoch nicht nur zu Konflikten bei, sondern betrifft auch ganz besonders die täglichen Lebensverhältnisse. Trinkwasser ist nämlich die Grundlage für ein würdevolles Leben. Wachstum und Wohlstand können nur aus der Erfüllung menschlicher Grundbedürfnisse entstehen.

Laut Angaben des Auswärtigen Amtes haben gegenwärtig rund 768 Millionen Menschen keinen Zugang zu Trinkwasser und 2,5 Milliarden Menschen keine angemessene Sanitätsversorgung. An den daraus resultierenden Krankheiten sollen mehr Kinder sterben, als an Malaria, Märsen und AIDS zusammen. Diese erschreckenden Sterbezahlen haben dazu geführt, dass sich Deutschland zusammen mit Spanien seit 2008 intensiv darum bemühte, einen völkerrechtlichen Vertrag zum Menschenrecht auf Trinkwasser und Sanitätsversorgung beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen zu erwirken.

Im Dezember 2013 verabschiedete schließlich die UN-Generalversammlung eine Resolution, in der das Anrecht auf Wasser- und Sanitätsversorgung explizit von allen UN-Mitgliedstaaten anerkannt wurde. Ein Meilenstein im Kampf gegen die Wasserarmut auf der Welt.



Foto: ICVO

Isabelle-Constance v. OPALINSKI studiert Politikwissenschaften in München und Public Affairs in Berlin. Ihre Interessen sind Internationale Beziehungen, Sicherheitspolitik und Diplomatie. Als Journalistin schreibt sie unter anderem für die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die Süddeutsche Zeitung und The Huffington Post France & Germany.

„Das Modell der Schweiz ist an sich ein Erfolgsmodell.“

Christina Wenninger sprach mit dem österreichischen Botschafter in der Schweiz Mag. Jürgen Meindl im Rahmen seines Vortrags bei der ÖGAVN über das Volksvotum zur Masseneinwanderung, ECOPOP, die Rolle der Schweiz in Beziehung auf die EU und über die Frage, was wir Österreicherinnen und Österreicher von den Schweizern lernen können.

Wie betrachten Sie im Rückblick die Entscheidung der Schweizer Bürgerinnen und Bürger bei der Abstimmung über die Einwanderungspolitik Anfang des Jahres?

Die Entscheidung hat viel Aufsehen erregt. Ich sehe es jedoch nicht so dramatisch. Bei den letzten Abstimmungen zum Themenbereich Europa seit 1972 sind sechs Abstimmungen für europäische Themen ausgegangen und drei Abstimmungen dagegen. Bei zwei dieser drei Abstimmungen ging es um einen EU-Beitritt. Ich sehe die Abstimmung des 9. Februar nach einer langen Phase der Öffnung eher als Aufschrei und Signal an die Regierung, dass aus Sicht vieler etwas in die falsche Richtung geht.

Die Schweiz ist sehr traditionsbewusst. Ich glaube aber nicht, dass es eine große Zensur geben wird und sehe die Debatte zwischen Abschottung und Offenheit nicht so dramatisch. Dennoch macht der 9. Februar die Situation schwieriger, vor allem für die Schweizer.

Welche Vor- bzw. Nachteile gibt es zum derzeitigen Zeitpunkt?

Vorteil sehe ich keinen, abgesehen von dem Aufschrei und dem Signal an die Politik. Die Abstimmung macht es schwieriger für die Schweiz

und alle europäischen Staaten. Im Moment ist man sich in der Schweiz diesbezüglich noch im Unklaren, wie diese Abstimmung tatsächlich umgesetzt werden kann. Es gibt derzeit eine Verfassungsbestimmung, Artikel 121 A in der Bundesverfassung, aber Genaueres steht noch nicht fest. Fragen, wie die Begrenzung der Zuwanderung aussehen wird, sind derzeit noch offen. Vor allem die Begrenzung durch Kontingente, glaube ich, lässt sich nur schwer umsetzen.

Ab wann ist die Umsetzung zu erwarten?

Es würde ab 2017 zum Tragen kommen. Derzeit ist man sich jedoch sehr unsicher, wie es praktisch aussehen kann und welche Änderungen es geben wird. Vor allem sind viele rechtliche Fragen noch zu klären.

Welche Auswirkungen zeichnen sich für die Schweiz und Europa ab?

Generell halte ich eine Diskussion über negative Auswirkungen nicht für sinnvoll. Würden alle bilateralen Abkommen fallen, hätte dies horrende Konsequenzen für die Schweizer und europäische Wirtschaft. Wichtige Verkehrsrouten von Nord nach Süd könnten von den Schweizern geschlossen werden. Das hätte große Auswirkungen auf den Transitverkehr in Österreich,

vor allem in Tirol. Über solche Auswirkungen kann man diskutieren. Jedoch sind die Schweiz und Europa zu stark miteinander vernetzt. Dass alle Verträge und Klauseln fallen, halte ich für unwahrscheinlich. Es wäre zwar umsetzbar, aber zum großen Schaden für beide Seiten.

Kommt die Schweiz in allen Bereichen ohne große Zuwanderung aus?

Der Pflegebereich würde beispielsweise ohne Zuwanderung zusammenbrechen. Dies muss klar und deutlich gesagt werden. Es gibt bei Ärzten schon seit Längerem eine Ost-West-Wanderung, die mit Besorgnis zu verfolgen ist. Die Schweiz war diesbezüglich schon selbstkritisch. Sie wissen, dass sie zu wenig Ärzte ausgebildet haben. Dies wollen sie jetzt ändern. Ein Beschluss wurde seitens der Regierung schon gefasst. Zuwanderung wird jedoch auch zukünftig stattfinden müssen.

Welche Auswirkungen sind derzeit für Österreicher und Österreicherinnen zu erwarten?

Derzeit in der Schweiz tätige österreichische Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen haben nichts zu befürchten. Ausgewiesen werden Österreicher und Österreicherinnen sowie Personen aus anderen Mitgliedsländern nicht. Diese sind durch den Personenfreizügigkeitsvertrag geschützt. Es wird auch nach 2017 keinem Österreicher oder Österreicherin etwas passieren.

Wie ist das Meinungsbild in der Schweiz über die ECOPOP-Initiative?

Es wurde in den Medien viel darüber berichtet, auch vor dem Hintergrund des 9. Februar. Die Forderungen sind für Schweizer Verhältnisse sehr radikal. Diese Initiative wäre mit EU-Recht nicht vereinbar. Fakt ist jedoch, dass die Schweiz im Vergleich zur EU überdurchschnittlich schnell wächst. Die Schweiz hat eine Nettozuwanderung von 80.000 - 90.000 Menschen pro Jahr. Ich ken-



Botschafter Mag. Jürgen MEINDL bei seinem Vortrag im September 2014 in den Clubräumen der ÖGAVN

ne kein Land, das schneller wächst. Hätte die Abstimmung eine Zustimmung bekommen, würde dies Europa und die Schweiz vor große Probleme stellen. Sie wurde offiziell auch von keiner Partei unterstützt.

Spricht die Abstimmung wichtige Punkte für die Schweiz an?

Die Zuwanderung schafft Probleme. Nicht nur psychologische Probleme, sondern auch reale Probleme im Bereich Wohnungsmarkt, Eigentum, Verkehr und Bildung. Das ist Tatsache. Langfristig gesehen besteht hier Handlungsbedarf und dies wurde auch angesprochen bei der Abstimmung.

Meines Erachtens muss heute begonnen werden, mittelfristige Maßnahmen zu setzen, in Punkten wie Bildung, Verkehr und Wohnungsmarkt. Sonst wird es nicht funktionieren. Die Frage ist, wie lange können das Wachstum und die Zuwanderung in diesem Maße weitergehen? Alle Initiativen führen dazu, dass sich die Politik mit Dingen beschäftigen muss, zu einem Zeitpunkt, an dem sie sich vielleicht noch keine großen Gedanken darüber gemacht hat.

Wie erklären Sie die starke Skepsis der Schweizer und Schweizerinnen gegenüber der EU?

Die Skepsis der Schweiz gegenüber der EU ist groß. Zum heutigen Zeitpunkt würden sich maximal 7-10 % für einen Beitritt aussprechen. Dies lässt sich durch das Selbstverständnis der Schweiz erklären. Einerseits hat die Schweiz im Laufe der Geschichte immer eine Bedrohung von außen wahrgenommen. Andererseits ist das höchste Gut, das es gibt, die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit.

Ist die Skepsis gegenüber der EU gestiegen?

Sie ist immer schon groß gewesen, ist aber jetzt noch größer. Ich glaube, dass dies relativ leicht zu erklären ist. In den letzten Jahren ist Europa in der Krise bzw. hat ein Krisenbild nach außen kommuniziert. Den Schweizern geht es besser. Sie haben eine Arbeitslosigkeit von 2,9 %, es läuft besser als bei den Nachbarn. Warum sollten sie

dem Nachbarn beitreten wollen? Das ist eine logische Konsequenz. Die Schweizer spüren die Arbeitslosigkeit auf dem europäischen Arbeitsmarkt in Form der Zuwanderung. Für Länder mit einer Jugendarbeitslosigkeit von 45%, wie Italien und Spanien, ist die Schweiz ein interessantes Zuwanderungsland. Das spüren die Schweizer. Sie nehmen die Euro-Krise viel unmittelbarer wahr als andere Länder.

Was könnte, reintheoretisch, bei einem Beitritt der Schweiz die Rolle in der EU sein?

Würde die Schweiz der EU beitreten, könnte die Rolle eine sehr positive sein. Wir als Österreicher wären aus verschiedenen Gründen froh, wenn die Schweiz Mitglied der EU wäre. Wir teilen dieselben Werte. Wir haben vieles gemeinsam. Themen wie die Alpenpolitik und Verkehrspolitik, bis hin zur dualen Ausbildung. Ein Beitritt würde für uns und die EU einen Mehrwert haben. Das Modell der Schweiz ist an sich ein Erfolgsmodell, von dem wir viel lernen können.

Wie negativ wäre ein EU-Beitritt für die Schweiz?

Darüber wird ja fleißig gestritten, ob das so wäre. Zweifelsohne würde es zu massiven Einschnitten kommen, nicht nur rechtlich, sondern eher praktisch. Alles, was die Schweiz in Brüssel machen würde, würde in der Schweiz immer wieder einem Referendum unterzogen werden können. Das ist praktisch sehr schwierig.

Tatsache ist, dass 80-90 % der Entscheidungen der EU auch in der Schweiz mitgetragen werden - automatischer Nachvollzug. Die Schweizer sind ja damit einverstanden, aber eben nicht mit 100%. Das ist, glaube ich, der Schlüsselpunkt. Es

finden 90 % gut und die restlichen 10 % eben nicht. Das ist das Entscheidende beim Nachvollzug. Die Schweizer sind einfach zum jetzigen Zeitpunkt nicht bereit, diese Form von Selbstständigkeit aufzugeben.

Was sind die Erfolgsfaktoren der direkten Demokratie in der Schweiz?

Die direkte Demokratie ist in der Schweiz eine Erfolgsgeschichte. Auch wenn es zu Abstimmungen kommt, die uns vielleicht nicht gefallen. Es gibt sie schon sehr lange. Sie ist historisch über Jahrhunderte gewachsen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Der ganze Staatsaufbau ist von unten nach oben. Der Bürger definiert sich in der Schweiz anders als in anderen europäischen Staaten. Er hat ein eigenes Selbstverständnis.

Wäre diese Art der direkteren Demokratie auch in Österreich in dieser Form umsetzbar?

Ich glaube, dass wäre in der Form aus historischen und verfassungsrechtlichen Gründen nicht übertragbar. Wir haben eine andere Politiktradition. Ich finde nicht, dass die direkte Demokratie im Vergleich zur repräsentativen die bessere ist. Für die Schweiz ist es eine Erfolgsgeschichte. Elemente davon kann man übertragen und diese wären für uns auch denkbar.

Was könnte der Österreicher, die Österreicherin von den Schweizern lernen?

Das Selbstverständnis des Bürgers, dass er derjenige ist, der entscheidet. Ein gesundes Selbstbewusstsein gegenüber der Politik.

Vielen Dank für das Gespräch!



Mag. Jürgen MEINDL ist seit Dezember 2011 Botschafter der Republik Österreich in der Schweizer Eidgenossenschaft. Davor war er außenpolitischer Berater des Bundeskanzlers bzw. des Bundesministers für Landesverteidigung und von 2008 bis 2011 Kabinettschef des Bundeskanzlers. Der studierte Jurist war an österreichischen Botschaften in Berlin und Tel Aviv sowie in der EU-Kommission in Brüssel tätig. Er ist verheiratet und hat einen Sohn.

„Die Kirche braucht keine institutionelle Macht, die Katholiken als Politiker wissen ohnehin, wie sie sich verhalten sollen“

Nico Büttner sprach mit Mag. Niko Alm, NEOS-Nationalratsmandatar und atheistischer Aktivist, über die Trennung von Kirche und Staat, den Einfluss von Religion auf Politik, Politikerinnen und Politiker in Österreich, Europa und der Welt sowie das König-Abdullah-Zentrum.

Herr Alm, Sie sind, neben Ihrer Abgeordnetentätigkeit, in Österreich und darüber hinaus vor allem als Religionskritiker und vehementer Befürworter von Laizität aufgefallen. Ist die Trennung von Kirche und Staat nicht eher eine Forderung aus Zeiten der Französischen Revolution als von heute?

Na selbstverständlich, dort viel stärker als jetzt. In der Aufklärung hat sich eine Sache fundamental geändert, nämlich die Herangehensweise an Gesetzgebung und Gewaltenteilung. Der Mensch wird an oberste Stelle gereiht und nicht mehr eine göttliche Figur. Das ist ein fundamentaler Bruch in der Geschichte. Aber wir haben die Aufklärung noch nicht zu Ende gedacht und zu Ende gebracht. Darum engagiere ich mich.

Ich würde nie behaupten, dass Staat und Kirche in Österreich nicht ordentlich voneinander getrennt sind. In einer institutionellen Hinsicht ist das ganz bestimmt der Fall. Es gibt aber noch einen gewissen Bereich in unseren Gesetzen, wo diese Trennung nicht vollzogen ist. Sie ist zudem in den Köpfen ein Stück weit nicht vollzogen. Ich fokussiere mich auf diesen kleinen Restbereich, der uns das Leben jetzt nicht besonders schwer macht, aber trotzdem geklärt gehört. Ich will die Problematik nicht dramatisieren, aber sie besteht trotzdem.

Warum engagieren Sie sich in diesem kleinen Bereich der Laizität? Gibt es nicht Themen, die eine viel höhere Priorität hätten?

Die Diskussion führe ich öfter, sie führen auch andere Politikerinnen und Politiker öfter in ihren Themenbereichen. Das lässt sich auf viele politische Materien übertragen. Politik ist ein arbeitsteiliger Prozess. Es können sich nicht alle, die im



Niko ALM, Abgeordneter zum Nationalrat der NEOS (hinten), und Nico BÜTTNER (vorne rechts)

politischen Geschehen aktiv sind, nur um die wichtigsten Sachen kümmern. Zunächst einmal fällt die Rangreihung schwer und dann kann ich auf der anderen Seite nicht gewisse Politikbereiche vernachlässigen. Es gibt tatsächlich Dinge in der politischen Arbeit, die mir wichtiger sind. Nichtsdestotrotz, das ist mir auch wichtig und außer mir machen diese Bereiche auch nicht besonders viele Leute. Deshalb sehe ich es auch als meine Aufgabe, mich da zu Wort zu melden und aktiv zu sein.

Es scheint so, als wäre die politische Klasse Österreichs noch sehr von Religion geprägt. Inwiefern spiegelt das die Religiosität der Bevölkerung wider?

Ich glaube schon, dass die überwiegende Mehrheit der Politiker politisch völlig unabhängig von ihrem persönlichen Glauben handelt und zu einem guten Teil auch funktionale Atheisten oder zumindest funktionale Laizisten sind.

Taufschein-Katholizismus ist in Österreich weit verbreitet, das ist ja auch empirisch mehr oder weniger belegt. Mein subjektiver Eindruck ist jedoch, dass zum Teil in der Politik die Religiosität stärker durchschlägt, als sie in der Bevölkerung verwurzelt ist. Konservative Politiker bemühen für ihre Politik oft religiöse Moralvorstellungen und religiöse Wertesysteme. Ich weiß nicht, warum sie das tun, entweder wirklich aus intrinsischer Motivation, weil sie glauben, dass der Glaube an sich gut ist oder weil sie den Kirchen im weitesten Sinn einen Gefallen tun wollen, sich wohl zu verhalten.

Es kommt, glaube ich, sehr wohl zu politischen Vorschlägen und Entscheidungen, die religiös gefärbt sind, die aber keine Widerspiegelung in der Bevölkerung finden, die weit weniger religiös ist, als unterstellt wird.

Ich denke, es gibt ganz viele Menschen, die speziell mit der institutionalisierten Religion sehr

große Probleme haben und auch wenn sie selbst gläubig sind, ein Problem mit den Institutionen und deren Einfluss auf die Politik haben. Ein Beispiel könnte Sterbehilfe sein: Umfragen zeigen doch, dass diese von einer großen Mehrheit befürwortet wird. Die Politik versucht das aber anders darzustellen und macht das auch am persönlichen Glauben fest.

Inwiefern beeinflussen religiöse Gruppen die österreichische und europäische Politik?

(überlegt) Ich glaube, die Aufklärung hat ihre Sache prinzipiell schon sehr gut gemacht. Ich sehe den Einfluss der Religion in der nationalstaatlichen Politik sehr stark zurückgedrängt. Dieser existiert wohl, ist aber in Summe gesehen recht gering. Wir sehen die Einflussphären, die sich aber zum Teil auch aus der persönlichen Religiosität der Akteure ergibt, und nicht aus den Institutionen.

Ein Mitglied des CV hat mal zu mir gesagt: „Die Kirche braucht keine institutionelle Macht, weil die Katholiken als Politiker wissen ohnehin, wie sie sich verhalten sollen.“ Ich glaube, das bringt gut diese Trennung aus Institution und aus gesellschaftlicher Verwurzelung zum Ausdruck. Das ist ein Stück weit auch ok. Wir sind alle weltanschaulich geprägt und das darf auch in die Politik mit einfließen, unter Wahrung natürlich aller anderen Voraussetzungen, die wir an Politik und Demokratie haben. Da sehe ich in Österreich kein Problem.

Auf europäischer Ebene sehe ich eigentlich auch kein Problem. In Europa haben wir durch die Bank aufgeklärte Staaten, jetzt mal Vatikan und Weißrussland, die die Europäische Menschenrechtskonvention nicht unterzeichnet haben, ausgenommen.

Auf internationaler Ebene sieht es freilich anders aus. Gerade jetzt haben wir uns mit dem „Islamischen Staat“ auseinanderzusetzen. Dieser hat

natürlich auch mit dem Islam etwas zu tun, nicht nur, weil er im Namen steckt. Das ist schon ein fundamentaler Auswuchs einer Religion, der bei anderen Religionen heutzutage schwer vorstellbar ist. Das ist durchaus ein Problem, das seinen Ursprung jetzt nicht in Österreich oder Europa hat, wenngleich die Länder natürlich mittlerweile doch einigermaßen involviert sind. Auch in Europa und in Österreich rekrutiert der IS massiv und erfolgreich.

Österreich hat neben Spanien und Saudi-Arabien das in Wien ansässige „König-Abdullah-Zentrum für interreligiösen und interkulturellen Dialog“ aus der Taufe gehoben. In dessen Gründungsdeklaration werden die Absichten und Prinzipien der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte beteuert, insbesondere Meinungs- und Religionsfreiheit. Wie bewerten Sie die diesbezügliche Zusammenarbeit Österreichs mit Saudi-Arabien?

Das passt überhaupt nicht zusammen. Das Zentrum ist ein potemkinsches Dorf, das man schwer hinterfragen muss. Ich kann mich an die Eröffnungsfeier mit Claudia Bandion-Ortner – der Vize-Generalsekretärin – erinnern, die nur im Hintergrund sitzen, geschweige denn eine Rede halten durfte. Schon allein bei dieser Eröffnungsfeier war die Rolle der Frau ganz klar festgeschrieben. Die Beteuerungen sind Zugeständnisse, die sich einfach nicht in der Realität widerspiegeln. Die Rolle der Frau, von Homosexuellen und Ungläubigen im Islam ist einfach keine gleichwertige.

Laut Ihrem Parteichef Strolz beschäftigt sich Ihre Partei zu sehr mit Nebenschauplätzen. Lassen sich mit Ihrer Haltung zu Religion und Laizität nicht nur keine Wahlen gewinnen sondern eher noch Wahlen verlieren? Wie schätzen Sie in Anbetracht dessen Ihre politische Zukunft ein?

(lacht) Prinzipiell ja. Das Thema ist in der Wichtigkeit in der Bevölkerung und für die Wahlentscheidung wahrscheinlich nur für eine sehr spezielle Zielgruppe relevant. Wir mobilisieren wahrscheinlich mit dem Anliegen weniger Leute, als wir möglicherweise verlieren könnten, durch Leute, die das Thema missverstehen – bewusst, unbewusst, auch von außen manipuliert.

Ich denke, dass wir in der Sache mit vielen im Gespräch sofort einen Konsens finden würden. Es hat aber mit meiner politischen Zukunft nur sehr eingeschränkt etwas zu tun. Solange die NEOS jetzt keine Kehrtwendung einschlagen und ich nicht gezwungen bin, meine Meinung in irgendeiner Form anzupassen, brauche ich keine Konsequenzen zu ziehen.

Mein Fokus liegt ja inhaltlich tatsächlich auf anderen Themen. Es klingt vielleicht schmeichelhaft, wenn ich einen Nebenschauplatz eröffnen könnte, aber das stimmt ja nicht. Ich eröffne ja den Nebenschauplatz nicht, wenn dann ziehen uns andere bewusst dorthin.

Vielen Dank für das Gespräch!

Foto: Parlamentsdirektion / Photo Simonis



Mag. Niko ALM (NEOS) ist seit Ende Oktober 2013 Abgeordneter zum Nationalrat der NEOS. Mag. Alm wurde 1975 in Wien geboren, ist Unternehmer und Geschäftsführer von Super-Fi. Bekannt wurde Niko Alm vor allem auch als Religionskritiker und Befürworter von Laizität. Er ist Gründer der Laizismus-Initiative.

Recycling im grünsten Land der Erde

Im Jahr 2012 belegte Costa Rica den ersten Platz des „Happy Planet Index“ und verdiente sich so seinen Titel als glücklichstes und grünstes Land der Welt. In diesem Land habe ich einen zehnmonatigen Freiwilligendienst absolviert und zusammen mit anderen Volontär/innen, unseren Koordinator/innen und der einheimischen Bevölkerung ein Recyclingprojekt initiiert.

Die Welt bereisen, meine Spanischkenntnisse verbessern und dabei noch etwas Gutes tun - das waren meine Vorstellungen von einem Auslandsfreiwilligendienst. Ich wurde auf ein kleines Schulprojekt an der Pazifikküste Costas Ricas aufmerksam und machte mich nur wenige Monate später auf die Reise. Dass ich mich im Rahmen dieses Projektes ausgerechnet mit dem Umweltschutz auseinandersetzen würde, kam mir zu diesem Zeitpunkt noch nicht in den Sinn. Heute bin ich sehr dankbar, dass ich die Möglichkeit hatte, eine solche Erfahrung machen zu können.

Mit dem „Internationalen Jugendfreiwilligendienst“ ins Ausland

Auf der Suche nach einer geeigneten Möglichkeit mein Volontariat zu gestalten, stieß ich im Frühjahr 2012 auf den vom deutschen Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum Teil geförderten „Internationalen Jugendfreiwilligendienst“. Dieser Auslandsfreiwilligendienst wird von Trägerorganisationen angeboten, die die Auswahl und Vermittlung von Bewerber/innen zur jeweiligen Partnerorganisa-

tion im Ausland durchführen und eine Vor- und Nachbereitung der Volontär/innen garantieren. Ich bewarb mich für verschiedene Länder in Südamerika (darunter Ecuador, Bolivien und Chile), wurde aber glücklicherweise durch einen Zufall für das Projekt „Firsthand Costa Rica“ nominiert und ausgewählt.

Das zentralamerikanische Vorbild

Costa Rica sollte also mein Zielland heißen. Zwischen Nicaragua und Panama liegt die kleine Republik, die mit nur circa 4,7 Millionen Einwohnern eine Vorreiterrolle in Zentralamerika eingenommen hat. Neben ihren sozioökonomischen Errungenschaften und ihrer relativen politischen Stabilität, ist vor allem ihr Einsatz für Umwelt- und Klimaschutz beeindruckend.

Laut United Nations Environment Programme sind knapp 30% der Landesfläche Teil eines Nationalparks oder stehen unter Naturschutz. Über 90% des nationalen Energiebedarfes werden mit erneuerbaren Energien gedeckt und die Regierung strebt an, bis 2021 der erste Staat mit einer ausgeglichenen CO₂-Bilanz zu sein.

Seinem Engagement für den Umwelt- und Klimaschutz verdankt Costa Rica seine herausragende Platzierung auf dem, von der britischen New Economics Foundation erstellten, „Happy Planet Index“. Dieser wird aus der Lebenszufriedenheit der Bevölkerung, der durchschnittlichen Lebenserwartung und dem ökologischen Fußabdruck eines Landes errechnet – drei Kategorien, in denen Costa Rica glänzen konnte.

Aber wieso sollte ich im grünsten und glücklichsten Land der Welt einen gemeinnützigen Freiwilligendienst verrichten? Und dann auch noch ein Recycling-Projekt?

Soziale Ungleichheit in Costa Rica

Besonders in den ländlichen Regionen Costas Ricas werden die Probleme sichtbar, mit denen das Land zu kämpfen hat: Die große soziale Ungleichheit zeigt sich in Armut, mangelhafter Infrastruktur und Gesundheitsversorgung sowie der eingeschränkten Umsetzung einer organisierten Abfallbeseitigung.

In einer solchen ländlichen Region der Provinz Guanacaste kamen wir Volontär/innen zum Einsatz: In erster Linie war es unsere Aufgabe, die einheimischen Lehrer/innen zu unterstützen oder gegebenenfalls selbst Unterrichtseinheiten zu übernehmen und zusätzlich Nachhilfe- und Weiterbildungsprogramme anzubieten, die an die Bedürfnisse des jeweiligen Dorfes angepasst waren.

Glücklicherweise legte die Organisation darüber hinaus großen Wert darauf, dass wir uns auch außerhalb unserer Tätigkeiten in den Schulen für die Dorfgemeinschaft und eine nachhaltige Entwicklung einsetzten.

Es wurde schnell deutlich, dass in meinem Dorf der Abfall ein besonders ernstzunehmendes Problem darstellte. Viele der Familien verbrann-



Schulkinder bemalen die Holzbehälter der „Recyclingstation“

ten ihren Hausabfall (mitsamt Plastikflaschen und –verpackungen) neben dem Haus und die Abfallsammelstelle, von welcher der gesammelte Dorfabfall abgeholt werden sollte, wurde regelmäßig von Straßenhunden und Unwettern verwüstet. Wir beschlossen also, uns im Zuge unseres Aufenthaltes besonders intensiv mit der Abfallproblematik auseinanderzusetzen.

Recycling – aber wie?

Hauptziel unseres Projektes war es, eine „Recycling-Station“ an der zentralsten Stelle des Dorfes zu errichten. Diese sollte aus zwei großen Holzbehältern für Metall- und Plastikabfälle bestehen, die ein costa-ricanisches Unternehmen in regelmäßigen Abständen entleeren würde.

Zunächst mussten natürlich die finanziellen Mittel für unser Vorhaben gesammelt werden, wozu wir in unseren Internetblogs und bei Familien und Freunden einen Spendenaufruf starteten. Gleichzeitig organisierten wir in unserem Dorf ein Dorffest, wobei der Erlös aus Essens- und Getränkeverkauf unserem Projekt zugutekam.

Als wir die nötigen Mittel gesammelt hatten, kontaktierten wir einen lokalen Schreiner, der sich bereit erklärte uns in unserem Projekt zu unterstützen. Während er die Behälter anfertigte, begannen wir die Dorfbewohner auf die Müllproblematik und unser Projekt aufmerksam zu machen. Wir organisierten Abfall-Sammelaktionen auf den Straßen des Dorfes und veranstalteten einen Recyclingkunst-Workshop, bei welchem wir zeigten, wie man aus alten Verpackungen kleine Taschen und Blumendekorationen basteln konnte.

Als die Holzbehälter fertiggestellt waren, bemalten wir sie noch gemeinsam mit den Kindern des Dorfes und Anfang Mai 2013 konnten wir unsere „Recycling-Station“ endlich einweihen.

Ein Rückblick

Wenn ich nun eineinhalb Jahre später auf unser Projekt zurückblicke, tue ich das mit gemischten Gefühlen. Schon während meines Aufenthaltes



Foto: Linda Maurer

Gefüllte Abfallsäcke nach der ersten Sammelaktion

war mir bewusst, dass es kaum möglich sein würde, in so kurzer Zeit ein dauerhaftes und nachhaltiges Projekt zu etablieren. Viele Aufgaben waren unbewältigt geblieben und unser Engagement für das Recycling im Dorf würde wahrscheinlich schnell in Vergessenheit geraten.

Doch das viele positive Feedback und die große Unterstützung aus der Bevölkerung ließen mich hoffen, dass wir zumindest einen Denkanstoß leisten und die Aufmerksamkeit auf ein sehr wichtiges Thema lenken konnten.

Dank der Vor- und Nachbereitungsseminare des „Internationalen Jugendfreiwilligendienstes“ habe ich zusätzlich begonnen, mich mit dem eurozentrischen Bias solcher „Entwicklungs“-Projekte auseinanderzusetzen und viele meiner Einstellungen zu hinterfragen. So stehe ich zum Beispiel der Frage, ob ich als 18-jährige Europäerin ein Land bzw. ein Dorf „entwickeln“ könne und dürfe, inzwischen viel kritischer gegenüber

als zum Zeitpunkt meiner Abreise. Trotzdem bin ich der Meinung, dass solche Projekte sinnvoll und hilfreich sein können, wenn sie auf einem gegenseitigen Voneinander-Lernen aufbauen und ein interkulturelles Verständnis fördern.

Ich für meinen Teil kann sagen, dass ich in großem Maße von meinem Aufenthalt profitieren konnte und hoffe, dass ich im Gegenzug einen (winzig) kleinen Teil dazu beitragen konnte, dass Costa Rica auch in Zukunft eines der grünsten Länder der Welt bleibt.

Haben auch Sie Interesse an einem Freiwilligendienst bekommen?

Weitere Informationen zum Projekt „First-hand Costa Rica“ finden sie unter:

<http://www.firsthand-costarica.com/>



Linda MAURER absolvierte im Sommer 2012 ihr Abitur an einem allgemeinbildenden Gymnasium in Baden-Württemberg und leistete von September 2012 bis Juli 2013 ihren Freiwilligendienst in Costa Rica. Zurzeit studiert sie Kultur- und Sozialanthropologie und Politikwissenschaft an der Universität Wien. Ihr besonderes Interesse gilt dabei der interkulturellen Kommunikation und den soziokulturellen und politischen Auswirkungen moderner Konflikte.

Ebola: Zwischen Verzweiflung und Hoffnung

Die niederösterreichische Krankenschwester und Humanbiologin Karin Taus hat sechs Wochen in einem Ebola-Behandlungszentrum von Ärzte ohne Grenzen in Liberia gearbeitet. Ein Bericht über die schwierige Arbeit im Schutzanzug, den Umgang mit dem Tod – und Solidarität.

Als Ärzte ohne Grenzen mir den Ebola-Einsatz in Westafrika angeboten hat, habe ich zuerst gezögert. Ebola, das klingt nach einem schwierigen, aber auch wichtigen Einsatz. Wie sollte ich es aber meiner Familie und Freunden erzählen? Sie sind zwar einiges von mir gewöhnt, aber Ebola? Man hört ja so viel, in den Medien herrscht blanke Panik. Wir haben darüber gesprochen, und als alle Fragen geklärt waren, ging es schließlich los: nach Liberia.

Eine Kollegin gab mir noch folgende Worte mit auf den Weg: „Du wirst den Geruch von Chlor und Schweiß lieben lernen.“ Heute weiß ich, was sie gemeint hat. Denn die Arbeit in einem Vollkörperschutzanzug, bei Temperaturen von über 30 Grad, ist wirklich schweißtreibend. Und Chlor ist in Westafrika derzeit als Desinfektionsmittel allgegenwärtig – es tötet den Ebola-Erreger ab.

Ärzte ohne Grenzen kämpft schon seit März 2014 gegen die bisher größte Ebola-Epidemie und betreibt sechs Behandlungszentren. Derzeit sind etwa 300 internationale und 3.100 lokal angestellte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen für die Organisation tätig, wir haben schon mehr als 6.500 Patienten und Patientinnen stationär aufgenommen. Davon wurden über 4.000 positiv auf Ebola getestet – rund 1.800 von ihnen haben überlebt.

Ich selbst habe in Foya gearbeitet, das ist ein kleiner Ort im Norden Liberias. Es ist diese Gegend im Dreiländereck mit Guinea und Sierra Leone, in der die Ebola-Epidemie begonnen hat. Ärzte ohne Grenzen hatte das Hilfsprojekt in Foya erst im August – kurz vor meinem Eintreffen – übernommen, weil sich eine andere Organisation zurückgezogen hatte. Das Ebola-Behandlungszentrum hatte bei meiner Ankunft 100 Betten, musste aber 120 Patienten und Patientinnen versorgen, obwohl es zu wenig Personal gab. Wir waren aber alle extrem motiviert; wir waren bereit, den Kampf gegen das Virus aufzunehmen.

Arbeit im Schutzanzug

Die Arbeit in einem Ebola-Behandlungszentrum ist anders als alles, was ich bisher gemacht habe. Es darf keinerlei Kontakt geben, denn das Ebola-Virus wird über Körperflüssigkeiten übertragen. Deshalb kann man sich den Kranken nur im vollen Schutzanzug nähern. Er behindert die Bewegungsfreiheit ziemlich; man muss zwei Paar Handschuhe tragen und mit der Schutzbrille hat man ein sehr eingeschränktes Gesichtsfeld.

Natürlich ist die Situation aber vor allem für die Patienten und Patientinnen schwierig. Sie sind nicht nur schwer krank, sondern werden auch von ihren Familien und Freunden isoliert. Zwar können sie prinzipiell Besuch empfangen, aber nur wenn sie noch genügend Kraft haben, um zum Doppelzaun zu gehen, der das Behandlungszentrum umgibt. Dort besteht dann immer noch ein Abstand von zwei Metern. Körperliche Zuwendung erhalten sie nur von uns: von verummten, fremden Menschen, die ihnen immer nur kurze Besuche abstatten können. Das ist besonders für Kinder sehr schwierig.

Unsere Besuche im Behandlungszentrum müssen immer gut vorausgeplant werden, denn man hat nur wenig Zeit: eine Stunde, maximal eineinhalb. Die Arbeit im Schutzanzug ist anstrengend; wenn man aber müde wird, steigt die Gefahr, Fehler zu machen. Und die können bei Ebola fatal enden. Deshalb wird vor dem Eintritt in die Hochrisikozone genau festgelegt, wer was macht. Man muss versuchen, sich penibel an den Plan zu halten, damit alle Aufgaben erledigt werden. Man arbeitet nie alleine, sondern immer zu zweit. Wir schützen uns gegenseitig, so wird das Risiko minimiert.

Ganze Familien betroffen

Als ich mich für den Einsatz entschied, war mir bewusst, dass ich viele Menschen sterben sehen würde. Doch das tatsächliche Ausmaß dieser Epidemie übertraf meine Vorstellungskraft. Es sind ganze Familien gestorben. Ich kann mich sehr gut an einen Mann erinnern. Er ist jeden Tag zu unserem Zentrum gekommen, um seine kranke Frau zu besuchen. Ich habe mich mit ihm unterhalten, und er erzählte mir, dass er und sei-



Dieser Bub ist an Ebola erkrankt; seine Mutter kann ihn daher nicht in die Arme nehmen, sondern muss Abstand halten. Durch die Hilfe von Ärzte ohne Grenzen hat der Bub überlebt.

Foto: MSF / Martin Zingel

Foto: MSF / Martin Zingel



Der Schutz der Helfer/innen vor Ebola erfordert genaue Vorbereitung

ne Frau die letzten Überlebenden ihrer Familie seien. Neun Verwandte waren bereits an Ebola gestorben. Zu unserem Bedauern hat auch seine Frau nicht überlebt. Obwohl wir sie nicht retten konnten, hat er sich bei uns bedankt. Einfach, weil wir es versucht haben.

Ebola ist so unvorhersehbar, dass man überhaupt nicht sagen kann, ob ein Patient es schaffen wird oder nicht. Auch wissen wir nicht, warum manche überleben und andere sterben. Wir können nur versuchen, die Symptome zu behandeln: Wir geben Antibiotika gegen bakterielle Infektionen, Vitamine zur Stärkung des Körpers, verabreichen Flüssigkeit bei Durchfall oder Erbrechen und Glukose als Nahrungsersatz.

Ebola selbst können wir aber nicht behandeln, und das ist wirklich frustrierend, besonders weil die Krankheit schon seit 40 Jahren bekannt ist. Pharma-Unternehmen hatten bisher aber kein großes Interesse eine Therapie zu finden, denn Ausbrüche waren meist begrenzt und traten immer in armen afrikanischen Regionen auf, die wirtschaftlich nicht interessant sind.

Zwar hat Ärzte ohne Grenzen viel Erfahrung mit Ebola, die Dimension des Ausbruchs in Westafrika hat aber auch uns an unsere Grenzen gebracht. Doch obwohl wir schon frühzeitig warnten, dass die Epidemie außer Kontrolle ist, dauerte es viele Monate, bis die internationale Hilfe durch Regierungen und Organisationen

anlief. Inzwischen kommt mehr internationale Unterstützung in Westafrika an, die Hilfe ist aber immer noch zu langsam und zu bruchstückhaft. Es mangelt vor allem an medizinischem Personal. Auch die Hilfe von österreichischer Seite ist leider zu zögerlich, nicht sehr effektiv und hat die erkrankten Menschen bisher nicht direkt erreicht.

Betreuung für kranke Kinder

Doch zurück nach Liberia: Während meines Einsatzes in Foya machten mir vor allem die sozialen Hindernisse zu schaffen, die mit der Epidemie einhergehen. Normalerweise liebe ich es, Zeit mit den Menschen zu verbringen, zu plaudern und mit den Kindern zu spielen. Ich mag es, am Leben der Menschen teilzunehmen und über ihre Kultur zu lernen. Doch bei diesem Hilfseinsatz war das kaum möglich. Man spürt die Angst vor Ebola überall. Kinder sprechen dich zwar an und wollen Aufmerksamkeit, aber sie kommen nicht näher und berühren dich auch nicht. Das ist für Westafrika sehr ungewöhnlich.

Natürlich mussten wir auch zu den kranken Kindern Distanz halten. Das war besonders schwierig. Wir hatten einige Kleinkinder im Behandlungszentrum, die ganz allein waren. Ihre Eltern waren entweder gestorben, selbst zu krank oder gesund und mussten deshalb außerhalb des Zentrums bleiben. Zum Glück ist die Solidarität der Menschen sehr groß. Es gab im Behandlungszentrum immer jemanden, der sich um die Kleinen gekümmert hat. Oft waren dies Überlebende: Geheilte Personen sind immun gegen Ebola – zumindest für einige Zeit. Viele sind deshalb zurückgekommen, um erkrankte Kleinkinder zu betreuen.

Trotz aller Schwierigkeiten, der Frustration und der traurigen Momente gab es aber auch schöne Augenblicke. Ebola ist nicht immer ein Todesurteil: Ich hatte das große Glück, während meines sechswöchigen Einsatzes mehr als 40 Überlebenden die Hand zu geben und aus unserem Behandlungszentrum zu entlassen.

Doch die beste Nachricht kam, als ich meinen Einsatz beendet hatte und längst zurück in Österreich war: Ärzte ohne Grenzen konnte sich aus Foya zurückziehen, weil es in dieser Region keine neuen Ebola-Fälle mehr gibt. Wir haben Aktivitäten, die noch weitergeführt werden müssen, an andere Organisationen und an die lokalen Behörden übergeben und konzentrieren uns jetzt auf andere Gebiete. Denn in anderen Regionen Westafrikas brauchen die Menschen unsere Hilfe weiterhin sehr dringend.

Spendenkonto Ärzte ohne Grenzen:

ERSTE BANK
IBAN: AT43 2011 1289 2684 7600
BIC: GIBAAATWWXXX

Foto: MSF / Martin Zingel



Karin TAUS ist österreichische Krankenschwester und Humanbiologin. Für die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen war sie unter anderem bereits im Südsudan, in Syrien, in Angola und in Sambia im Einsatz.

Die Diskussion als Grundbaustein der Politik

Ein kurzes Essay über Kommunikation oder warum ein stetiger und reger Austausch über globale Ereignisse, Außen- und Gesellschaftspolitik essenziell für eine Demokratie ist

Das Wort Diskussion stammt vom lateinischen Substantiv „discussio“ ab, welches so viel bedeutet wie „Untersuchung“ oder auch „Prüfung“. Und genau das ist es, was die politische Diskussion ausmacht: Sie prüft die gegenwärtige Politik. Sie treibt sie an. Sie verbessert sie!

Es ist daher für eine funktionierende Politik unumgänglich, dass eine solche Diskussion in der Bevölkerung geführt wird. Dies mag zwar aus Sicht der Politiker auf den ersten Blick nicht so erscheinen, doch könnten politische Parteien ohne die Inputs durch die Bevölkerung, die durch solche Diskussionen zustande kommen, keine Wahlen gewinnen. Die Politik würde sich gänzlich von der Bevölkerung entfernen. Eine solche Entfernung der Politik kann im Extremfall zu Ausschreitungen in der Bevölkerung und dem gewaltsamen Sturz des Machthabers führen.

Kommunikation ist die Trägersäule einer funktionierenden Demokratie. Über Medien werden politische Forderungen und Pläne kommuniziert, die schließlich jede/n Bürger/in erreichen sollen. Umgekehrt kann auch der Bürger/in durch Medien die Politik erreichen und seinen/ihrer Anliegen, Beschwerden und Verbesserungsvorschlägen Gehör verschaffen.

Am Anfang jeder Forderung oder politischen Entscheidung steht eine Diskussion. Diese wird aber nicht erst im Beratungszimmer des Ministers geführt - nein, sie fängt bei den einfachen Bürger/innen an. Meinungen werden teilweise am berüchtigten Stammtisch im Wirtshaus gemacht und verbreiten sich wie ein Lauffeuer.

Diese Meinungsbildung an der Basis ist sehr wichtig für die Demokratie. Sie kann aber auch gefährlich werden, nämlich dann, wenn über sehr komplexe Themen gesprochen wird, die einer gewissen Vorbildung bedürfen, die nicht jeder gewillt ist, sich anzueignen. Ein Themenbereich, auf den dies zutrifft, ist mit Sicherheit die Europa- und Außenpolitik. Viel zu oft werden Probleme einfach auf äußere Faktoren geschoben. Viel zu oft hört man, es sei die EU an allem schuld. Es kann sich aber auch ein gewisses Des-



Im Austria Club (AC) des AFA wird die überparteiliche Diskussion gefördert.

interesse für Außenpolitik breitmachen, wenn diese Themen aus diesem Grund nicht behandelt werden. So ist das Interesse der österreichischen Bevölkerung am Bürgerkrieg in Syrien, an den Menschenrechte in China oder Erdbebenkatastrophen in Südamerika eher gering.

Aus diesem Grund ist es gerade für junge oder angehende Akademiker wichtig, sich mit diesen Themen in einer offenen Diskussion auseinanderzusetzen. Diese Diskussionen beleuchten die gegenwärtige Lage aus verschiedenen Blickwinkeln und führen letztendlich durch einen Dominoeffekt von einer Diskussion zur anderen und schließlich zu politischem Druck, der im Normalfall politisches Handeln zur Folge hat.

Neben den Auswirkungen auf die Politik eines Staates oder einer Staatengemeinschaft führt die Diskussion auch zu mehr Toleranz unter den Menschen. Anderen Menschen zuzuhören, mit ihnen eine gewisse Gegebenheit zu untersuchen und Meinungen auszutauschen führt zu einem besseren Verständnis seines Gegenübers. Wenn man immer nur im „eigenen Saft brät“, wird Innovation wohl sehr zögerlich vonstattengehen.

Führt man in der Bevölkerung jedoch einen regen Austausch und versucht man ehrlich, andere Lebensweisen und Meinungen zu verstehen, so kann sich eine Bevölkerung weiterentwickeln und erblühen.

Das Akademische Forum für Außenpolitik - Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) bietet beim Austria Club, der während des Studienjahres jeden Dienstag stattfindet, eine Plattform, bei der sich junge Menschen über Europa-, Außen-, und Gesellschaftspolitik austauschen können. Dabei kam es schon oft vor, dass Menschen mit vollkommen unterschiedlichen politischen Meinungen und religiösen Ansichten trotzdem Freunde wurden, sich gegenseitig respektieren und zuhörten. Und genau so sollte es sein.

Natürlich haben wir nicht alle die gleichen Ansichten und Meinungen. Aber letztendlich geht es immer darum, einen Kompromiss zu finden - keinen faulen, sondern einen ehrlichen. Und dies geht nur durch gegenseitigen Respekt und einen stetigen Austausch mit den unterschiedlichsten Menschen in der Diskussion.



Andreas JILLY ist seit 2012 Generalsekretär des Austria Clubs des AFA. Zuvor unterstützte er als Vorstandsassistent das AFA-Team in Wien. Er studiert Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Wirtschaftsuniversität Wien. Im AFA setzt er sich vor allem für die Stärkung der internationalen Gemeinschaft und Zusammenarbeit sowie für eine partiübergreifenden Diskurs über die österreichische Außenpolitik ein.

“Dead Aid” by Dambisa Moyo - a book review by Elena Pramesberger

Large parts of the African continent have struggled with chronic poverty, hunger and under-development, even after the achievement of political independence in the course of the second half of the 20th century. Facing the long-term damages of colonization, it has been considered self-evident in the West that the more industrialized countries have a moral responsibility to provide aid in order to lift Africa out of poverty.

In her controversial book “Dead Aid” economist and author Dambisa Moyo argues that foreign aid has been an economic disaster for Africa.

Dambisa Moyo was born and raised in Zambia and educated in England and the U.S. She holds a Master’s from Harvard University and completed a PhD in Economics at Oxford University. She has worked for both the World Bank and Goldman Sachs and was named one of TIME Magazine’s top 100 most influential people in 2009.

Moyo is of the opinion that the solution is, in fact, part of the problem. She argues that the key to transforming African countries is to make them less reliant on foreign aid and more independent. According to Moyo, what the development aid system has failed to do, is making sure that African governments will be able to become independent after a certain period of time. Instead, she says, the infinite aid flows have made Africa dependent and “addicted to aid”.

She argues that the aid programmes that have worked, such as the aid provided to India in the post-colonial period or the interventions in South Korea, have worked because they were finite, as opposed to the open-ended commitment in Africa. When governments see aid income as permanent income they do not need to seek alternative ways of financing economic development.

In her book, the author gives the example of a mosquito net aid project in order to illustrate how aid can be a local job-killer. After money is collected on charity events, mosquito nets are bought internationally and then sent to Africa for protection against malaria. These mosquito nets are dumped into the African continent, without even taking into consideration that there is a local mosquito net production in Africa already and that it can no longer compete with the free products.

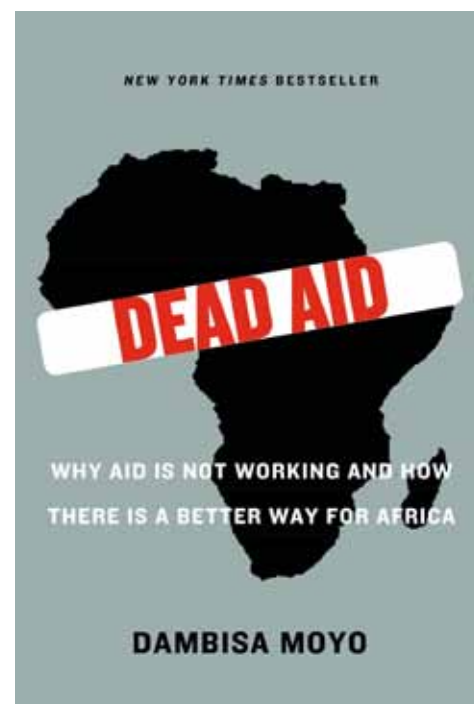
She suggests that, instead of sending finished, internationally bought products, the money should rather be used to support the local production and thereby create jobs.

According to Moyo, there is a lot of scope for replacing the aid model, such as trade, foreign direct investment, the capital market etc. She is also a supporter of micro-credits. Supporters of development aid argue that, if Moyo’s prescription was followed, there would be millions of lives lost in Africa. Moyo responds that there have been millions of lives lost already as a result of an aid-system that has no evidence of working anywhere on earth in terms of reducing poverty and creating long-term sustainable growth.

Moyo also says that the world’s population needs to act as a global society with regards to Africa’s situation, because Africa’s problems are not merely local but rather global. Considering that over 60% of the African population is under the age of 24, she believes that if nothing is done to ensure that these young people have prospects and opportunities, there will be many more fundamentalists and terrorists. This is arguably something that affects everyone in our global construct.

“Dambisa Moyo makes a compelling case for a new approach in Africa. Her message is that “Africa’s time is now”. It is time for Africans to assume full control over their economic and political destiny. Africans should grasp the many means and opportunities available to them for improving the quality of life.” — Kofi ANNAN, former UN Secretary-General

Dr. Dambisa MOYO was born and raised in Zambia and educated in England and the U.S. She holds a Master’s from Harvard University and completed a PhD in Economics at Oxford University. She has worked for both the World Bank and Goldman Sachs and was named one of TIME Magazine’s top 100 most influential people in 2009.



Books by Dambisa MOYO:

- Dead Aid - Why Aid Is Not Working and How There Is a better Way for Africa
- How the west lost - Fifty Years of Economic Folly - And the Stark Choices Ahead
- Winner take all - China’s Race For Resources and What It Means for the World



United Nations Youth and Student Association of Austria –
Academic Forum for Foreign Affairs

www.vimun.org

VIMUN

VIENNA INTERNATIONAL MODEL UNITED NATIONS

Annually held in August

EXPERIENCE DIPLOMACY

at the
UN Office at Vienna

UN SIMULATION CONFERENCE FOR STUDENTS AND YOUNG GRADUATES